verständlichkeit, da er ja auch den Weg zur alleinseligmachenden Demokratie eröffnet.

Den Schlußeffekt bildet die Kriegserklärung an den Bolschewismus, die gegen den Widerstand der beiden engl. Arbeiterparteien angenommen wurde. Im Endeffekt hat nur die I. L. P. dagegen gestimmt. Die Haltung der engl. Arbeiterführer ist klar. Die engl. Arbeiterschaft spürt am stärksten und zwar weit mehr als die Arbeiter der Länder, die durch die Hölle der Inflation gegangen sind, die Verlagerung des kapitalistischen Schwergewichts. Die Gründe sind auch im einzelnen bei der Erörterung der allgemeinen Wirtschaftslage mitangeführt worden, so daß sich ein weiteres Eingehen erübrigt. Den einzigen Fortschritt, den die Arbeiterschaft seit Beendigung des Weltkrieges gemacht hat, erblicken sie in der russischen Revolution. Deshalb und auch wegen der Unterstützung ihrer der Bergarbeiterbewegung im Jahre 1926 durch die Komintern stehen sie zum Bolschewismus. Ihr Ziel ist die Vereinigung der 2. mit der 3. Internationale. Sie sind die Zellentaktiker in der 2. für die 3. Internationale. Durch die Verstärkung des linken Flügels wollen sie eine Annäherung beider Internationalen erzwingen. Da augenblicklich die Arbeiterparteien der 2. Internationale nicht regierungsfähig, weil für das Kapital nicht notwendig — sind, so spielt man etwas Opposition. Die deutsche Beteiligung an der Regierung ist doch nur ein sehr kompromittierender Zustand.

Otto Bauer hatte die leichte Aufgabe, die Absage an den Bolschewismus zu begründen. Er machte dies sehr geschickt mit einigen Wenns und Abers und erntete dafür stürmischen Beifall. Vor allen Dingen sprach er dazu einige revolutionäre Worte, hielt sogar die 2. Internationale für ein revolutionäres Gebilde und verlangte Einheit und Brüderlichkeit, so wie es sich die 2. Internationale vorstellt.

Das Manifest ist der typische Ausdruck eines nationalen Reformprogramms, das sich an die herrschende Klasse mit der ergebensten Bitte um Gehör wendet. Es betont immer wieder, daß alle Forderungen auch im wohlverstandenen Interesse des Kapitals liegen. Nur die 2. Internationale kann den Kapitalismus auf den richtigen Weg des wahren Geistes bringen. Der richtige Kapitalismus entwickelt sich zum Sozialismus. Wenn der Arbeiter erst begreift, daß, je mehr er den Kapitalismus fördert, um so näher dem Himmelreich des Sozialismus ist, dann kann er ein wahrer Kämpfer für die Ideen der 2. Internationale sein. Das ganze Programm ist ein einziger Verrat am revolutionären Marxismus. Es dient nur der Verewigung der kapitalistischen Herrschaft. Am besten wird der Werdegang dieser Internationale durch den Vergleich gekennzeichnet, den Henderson zwischen Brüssel 1891 und dem von 1928 gezogen hat. Damals war Vandervelde kleiner Delegierter einer kleinen Partei, heute ist er der Minister a. D. und Herr über 600 000 Mitglieder. Es lebe der Ministerialismus.

Der Einfluß der SPD.

Diesmal bei den Bekleidungsarbeitern.

So durchsichtig das Geschrei nur von dem „Einfluß", den die Sozialdemokratie in der kapitalistischen Regierung haben werde, war auch, daß man nicht zurücktreten könne, weil man noch viel „für die Arbeiterschaft" tun müsse, so dürften doch eine ganze Reihe „gewerkschaftlich geschulter" Arbeiter auf diesen Schwindel hereingefallen sein. Diese Ahnungslosen wurden nun wieder einmal gründlich belehrt bei der Lohnbewegung der Bekleidungsarbeiter.

Es wurde ein Schiedsspruch gefällt, der ab 13. August 5 Pfennige, ab 1. November weitere 5 Pfennige in der Spitze vorsieht. Die Unternehmer erklären dies für „untragbar". Und Wissel, der „einflußreiche" neue sozialdemokratische Arbeitsminister lehnt natürlich die „Verbindlichkeitserklärung" ab. In seiner Begründung leistet er sich folgende trockene Verhöhnung derer, die er „vertritt":

„Das Ausmaß der Lohnerhöhung, das sich im Durchschnitt auf etwa 11 Prozent stellt, ist nach Ansicht der Arbeitgeber wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen. Es bestehen in der Tat begründete Zweifel, ob diese Lohnerhöhung für alle Unternehmer der Branche tragbar ist."

Der Unternehmerverband der Herrenkonfektion hat natürlich darauf schon gewartet, und auf Teilstreiks mit folgender Verfügung geantwortet:

„Nachdem der im Juli dieses Jahres gefällte Schiedsspruch für die deutsche Herrenbekleidungsindustrie vom Reichsarbeitsminister **als für die Branche untragbar nicht für verbindlich erklärt wurde**, haben die beteiligten Gewerkschaften, ohne eine Urabstimmung vorzunehmen zu lassen und ohne nochmals in Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband zu treten, den Streik über eine Anzahl Betriebe verhängt.

Infolgedessen wurde heute vom Arbeitgeberverband der Herren- und Knabenkleiderfabrikanten Deutschlands die Aussperrung über das ganze Reich mit Wirkung vom 27. August abgeschlossen."

Man muß sagen, die Herrschaften arbeiten fein zusammen. Die Gewerkschaften stellen Forderungen, zum Beweis, daß sie „kämpfen". Wird ein Schiedsspruch gefällt, der die geforderten Pfennige streicht, dann müssen sich die Gewerkschaften im Interesse der „Wirtschaftsdemokratie" fügen. Wird einer gefällt, der sie stehen läßt, wird der „Spruch" nicht für verbindlich erklärt, und auf die erste kleinste Widerstandskeit erfolgt die Generalaussperrung, mit dem Ziel, die Proleten — wie immer — auszuhungern. Aber soweit muß ein Proletariat kommen, das nicht über seine Branchenbrille hinaussieht, und ruhig zuschaut, wie eine Arbeiterkategorie nach der andern ausgehungert und so die Kampfkraft der Gesamtklasse gebrochen wird. Aus dieser politischen Beschränktheit resultiert dann der „Einfluß" der Kapitalsknechte, die dann den Lohn für die Treue der einfältigen Proletarier in obiger Weise zahlen. Wer muckst, wird dann noch obendrein der „unlauteren Agitation" angeklagt. — Aber den Arbeitern, die diesen Tabak noch vertragen, ist eben vorderhand nicht zu helfen.

Achtung! Achtung!

Komplette Jahrgänge der KAZ. 1924-27

in gutem Einband am Lager. 400 Seiten. 12.— Mk. Die Genossen bekommen Ermäßigung. — Versand nach Auswärts nur gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. Porto zu Lasten des Empfängers. — Bestellungen sind zu richten an die

Buchhandlung f. Arbeiterliteratur, Berlin SO 36

Lausitzer Platz 13.

Gewerkschaftliche Erziehungsarbeit

„Trink, trink, Brüderlein trink."

Dem Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter „Einigkeit" Nr. 31 entnehmen wir folgende Geistesprobe eines gewerkschaftlichen Redakteurs:

„Das Schuhwarenhaus Leiser in Berlin schenkt ihren Kunden Traktätchen, betitelt: „Jeder seines Glückes Schmied?" Und was findet man dort unter anderem? Die Gewissensfrage an das deutsche Volk, ob es nicht lieber Wohnungen bauen möchte, statt jährlich 4 Milliarden dem „Moloch Alkohol" zu opfern. Auch der „Nikotinteufel" habe schon unendlich viel Existenzen ruiniert, wird in dem Traktätchen erzählt.

Das ist denn doch schon der Gipfel der Unverfrorenheit, wenn eine Firma oder ein Gewerbezweig auf solche Art Kundschaft wirbt. **Die tausende Alkoholgetränke- und Tabakarbeiter in Berlin werden das Schuhwarenhaus Leiser jedenfalls nicht mehr beehligen und auch ihre Erziehung zur Abstinenz ablehnen."**

Der Mann regte sich also nicht auf, daß eine kapitalistische Firma den Arbeiterp Moral predigte (was ganz in der Ordnung wäre), sondern daß diese „auf solche Art" Kunden wirbt, und kommt zu dem Schluß, daß es keinen größeren Schlag für seinen „Sozialismus" geben könnte, als den, daß die Proleten eines schönen Tages begreifen, daß sie ihren Verstand größtentils versaufen! Der Mensch sieht schon das furchtbare Gespenst auftauchen, daß seine Gewerkschaft der Getränkearbeiter eingehen könnte, weil Bier und Schnaps nicht mehr so wie heute gehen, und brüllt aus Leibeskräften: Geht nicht zu Leiser!

Begreiflich. Ein derartig beschränkter Trottel, der solche Geistesprodukte ausschwitzt, weiß, daß ein Proletariat, das, ganz gleich aus welchen Ursachen, sich über den Sumpf erhebt, in dem es heute steckt, es ablehnt, solche dreckigen Schmarotzer an der Arbeiterbewegung zu ernähren. Deshalb spekuliert er auf den niederen Egoismus der Proleten, die in den Gilbhosen ein „Leben" verbringen müssen, das nur ein ordinärer Kapitalsknecht als höchstes Glück auch für die zukünftige Generation erhalten möchte. Und die Logik:

Die Getränkearbeiter finden ihr Brot in der Schnapsfabrikation. — Es lebe der Schnaps. Die Munitionsarbeiter rufen: es lebe der Krieg. Und die, die Beschäftigung finden durch Herstellung von allem möglichen Krempel „gegen das keimende Leben", die müssen für den Gebärzwang der Bourgeoisie sein, damit sie ihre Arbeit nicht verlieren usw.

Und solche Kreaturen braucht das Kapital noch nicht einmal bezahlen, sie werden noch von den Groschen der Proleten bezahlt.

Proletarisches Notizbuch

Eine Internationale der Schwätzer. In Berlin tagte ein „Kongreß der interparlamentarischen Union", zusammengesetzt aus Sozialdemokraten, Faschisten, Moskaukommunisten, Demokraten usw. aus aller Herren Länder. Sein Ziel diente der „Völkerverständigung" und der Behebung der Krise des Parlamentarismus. Die Völkerverständigung wurde dadurch demonstriert, daß sie sich alle sehr schön vertragen haben bis zu Ende; zur Heilung des kranken Parlamentarismus hat das Gehirnschmalz nicht ausgereicht.

Allzu blöde! In Paris ist unter unübertrefflich lächerlichen Zeremonien von 15 Staaten der „Kriegsächtungspakt" unterzeichnet worden. Dies hat so ungefähr dieselbe Bedeutung, als ein Kongreß der Füchse, der einen Friedensvertrag mit den Gänsen unterzeichnet. Der Vater des „Gedankens" ist Kellogg, der Vertreter der amerikanischen Demokratie, die erst vor einem Jahre Sacco und Vanzetti abschlachtete. Daß diese Friedensmacher dort entdecken, daß sie bis heute die Verbrecherlaufbahn nie verlassen haben, indem sie ihre Politik selbst als ein einziges Verbrechen bezeichnen, beweist, daß sie die Proletarier, von denen sie „Vertrauen verlangen zu ihrer Menschenfreundlichkeit, für dümmer halten als die Füchse die Gänse.

Quatsch mit Sauce? Der Leinebund hat sich scheinbar vorgenommen, um jeden Preis von sich reden zu machen in der Meinung, daß es besser sei, die ganze Welt lacht über ihn, als daß er in Vergessenheit gerät. So hat er zur Panzerfahrt, als die Parole: „Proletarische Miliz" herausgegeben; kreuzertrage die Parole: „Proletarische Miliz" herausgegeben; eine Parole, die die KPD. wohl in ihren „wissenschaftlichen" Zeitschriften hat, aber sich nicht vor die Proleten damit wagt. Und das will schon etwas heißen! Diesen traurigen Mut bezeichnen die Brüder um Urbahns als die revolutionäre Tradition, die sie verkörpern. Was sie damit meinen, sagen sie nicht. Anscheinend die Vereinigung der RFB. mit dem Reichsbanner. Es ist aber auch absolut möglich, daß sie denken wie gewisse Köchinnen: wenn man sie fragt, was sie kochen, antworten sie: „erst mal sehen".

Alles für den Frieden! Zwischen Frankreich und England ist ein Flottenabkommen zustande gekommen, über dessen Inhalt man sich ausschweigt. Die Kehrseite der Medaille zeigt sich bei dem Interesse des amerikanischen Botschafters anläßlich des Stapellaufes der Bremen und der Europa. Der kapitalistische Friede wandelt eben die verschlungendsten Pfade zur Erreichung seines blutigen Zieles.

Pardon wird nicht gegeben! Trotzky hat Zeitungsmeldungen zufolge an den Weltkomerrat der Komintern ein Schreiben gerichtet, über dessen Inhalt natürlich nichts bekannt gegeben wurde. Die Antwort des Kongresses darauf war, daß er und 800, die mit ihm verbannt oder eingesperrt wurden, verbannt oder eingesperrt bleiben.

Immer noch mehr. Die deutsche Reichsbahngesellschaft hat sich vom Reichsbahngericht folgende Entscheidung bestellt und erhalten: „Die Deutsche Reichsbahngesellschaft ist berechtigt, zu einem von dem Reichsverkehrsminister zu bestimmenden möglichst nahen Zeitpunkt eine Tariferhöhung für den Güterverkehr und den Personenverkehr in einem Verhältnis von **etwa 4:1** zuelinander und in einem Ausmaß vorzunehmen, daß sie eine Mehreinnahme von **250 Millionen Mark jährlich** erzielen kann." — Die Proleten haben ja schon so vieles getragen — sie tragen auch dieses noch.

Unerhört! Im Lehrervereinshaus in Berlin fand am 25. August eine Versammlung statt betreffs der Heldentaten der Krassin, worüber die R.F. berichtet: „Der Teilnehmer der der Krassin, worüber die R.F. berichtet: „Der Teilnehmer der „Krassin"-Expedition, Nikolaus N. Spanoff, schilderte in anschaulicher Weise den Kampf des Eisbrechers gegen die Naturgewalten der Polargegend. Seine Ausführungen wurden durch interessante Lichtbilder unterstützt. Eigentümlich war das Verhalten der geretteten Offiziere der „Italia", erzählte Spanoff, die, sonst schweigsam, **sich energisch verbaten, daß man sie mit dem Wort „Genosse" anredete."** — Was wohl nichts anderes besagt, als daß eben die faschistischen Strolche trotz aller Menschlichkeiten ihrer roten Retter noch ein bißchen mehr Selbstbewußtsein aufbringen als diese. Ob die Versammlung wegen der Ablehnung obiger Anrede in Pfuirufe ausbrach oder eine Protestresolution annahm, sagt der Bericht nicht.

Es geht los! Die „Rote Fahne" gibt bekannt, daß die KPD. auf dem Wedding in 2 Stunden 38 440 Unterschriften für das „Volksbegehren" sammelte, worauf die R. F. verkündet: **„Millionenmassen der deutschen Werktätigen setzen sich in Bewegung.** Wozu? Na, um einen Bleistift zu nehmen und zu unterschreiben! — ist das etwa keine Bewegung? Wie uns weiter mitgeteilt wird, soll sich der Berliner Westen zusehends entvölkern. Die Bourgeoisie befindet sich angesichts der drohenden Revolution in panikartiger Flucht ins Ausland.

Aus der Partei

Leipzig

Das mitteldeutsche Rotfrontfreffen am 18. und 19. August in Leipzig stand im Zeichen der „Verteidigung Rußlands" und der Panzerkreuzeraffäre. Diese subjektiv revolutionären Proletarier, über deren Aufmarsch die „Leipziger Abendpost", das klassenbewußteste Bourgeoisieorgan Leipzigs, vielleicht in der Vorahnung eines Kriegsbündnisses Deutschland — Rußland folgendes schrieb:

„Der Rotfrontkämpfertag in Leipzig hat aber auch eine gute Seite. Es zeigte sich, wie stark der militärische Gedanke im deutschen Volke verankert war — und noch ist. Aus den wilden Horden von 1918 und den Märzkämpfern von 1920 sind disziplinierte Kompagnien geworden. Die Ecken und Wendungen werden scharf und schneidig im Takt der Musik genommen. Blanke Ausrüstung, bunte Litzen und Bänder fallen stark auf. Kurzum, es geht nicht ohne militärische Haltung und Führung, es geht nicht ohne Musik, nicht ohne schneidige Kommandos. Man merkt sogar etwas von Unterordnung und Achtung vor dem Führer. Das berechtigt zu den besten Hoffnungen!"

Diese Arbeiter für die Revolution zu gewinnen, war die Aufgabe der Leipziger Organisation. Durch Herausgabe eines Plakats und eines Flugblattes, die wie Bomben wirkten, wurde die hiesige Gauleitung des RFB. dermaßen unter Druck gestellt, daß nach einer besonderen Sitzung noch Sonnabend nachts Kollkommandos gebildet wurden, die die Aufgabe hatten, alle KAP.-Plakate zu vernichten. Beim Verbreiten der Flugblätter haben das Frontkämpfer selbst erklärt. Trotz dieser Maßnahmen war der Eindruck ein durchschlagender. In der Diskussion gaben uns vor allem die Berliner Frontkämpfer recht, die noch unter dem Eindruck des Streiks bei Otis standen. Es wird die Aufgabe der gesamten mitteldeutschen, Anhalter und Berliner Organisationen sein, diese gewonnene Sympathie organisatorisch auszuwerten. Verschiedentlich ist es aber auch zu Zusammenstößen zwischen unseren Genossen und den fanatischen Leipziger KPD.-Mitgliedern gekommen. Ein Genosse wurde sogar von einer Ueberzahl mit dem Messer angegriffen. Trotzdem müssen wir sagen, daß wir moralisch in Leipzig eine tiefe Bresche in die Moskauer Front geschlagen haben.

Besonders zeigte sich das bei der ersten Volksentscheidsversammlung der KPD. wenige Tage nach Otis im Zoo. Die Leipziger Organisation hatte sich sofort auf diese neue Kampagne umgestellt und sofort ein Flugblatt gegen diesen parlamentarischen Rummel herausgegeben. Trotz dem Terror, der sofort gegen die Genossen, die sämtliche Eingänge und Zugangsstraßen besetzt hatten, einsetzte, waren die etwa 2000 Versammlungsbesucher in ungeheurer Erregung. Trotz den Schlägereien, die absichtlich von der KPD. provoziert wurden, gelang es uns ungehindert in einer öffentlichen KPD.-Versammlung zu sprechen. Wöchtenlich steigt die Zahl der umzesetzten Zeitungen, der Abonnenten unserer Presse, der Literaturvertrieb. Genossen! Unermüdlich weiter!

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin

Mittwoch, den 11. August.
Funktionärversammlung.
Näheres nächste Nummer.
Arbeitsausschuß Groß-Berlin.

Hamburg.

Am Dienstag, den 4. September, gemeinsame Versammlung der KAP. und AAU. bei Eckelmann, Bartholomäusstraße 1. Beginn 20 Uhr. Erscheinen aller Genossen notwendig.

Küstrin.

Oeffentliche Mitgliederversammlung der Allg. Arbeiter-Union am Sonntag, den 9. September 1928, vorm. 10½ Uhr, „Gesellschaftshaus Winter".
Vortrag. Sympathisierende sind eingeladen.
Ortsgruppe Küstrin.

Empfehlenswerte Bücher.

Luxemburg: Die neue russische Revolution	0,25
„ Massenstreik, Partei und Gewerkschaften	0,50
„ Briefe aus dem Gefängnis	0,70
Liebknecht: Klassenkampf gegen den Krieg	0,50
„ Reden und Aufsätze	4,50
Marx: Der 18. Brümaire des Louis Bonaparte	3,—
Engels: Der Deutsche Bauernkrieg	2,—
Gorter: Offener Brief an den Genossen Lenin	0,50
Der Bonzenspiegel	0,80
Die KPD. im eigenen Spiegel	0,75

Zu beziehen durch die
Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO 36
Lausitzer Platz 13.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: B. Schwemann, Berlin-Britz. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 79.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name:

Ort:

Straße:

9. Jahrg Nr. 52

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 8. September 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Militärfrage und Arbeiterklasse

II.*)

Haben wir im vorigen Artikel eine Kritik der sozialdemokratischen und bolschewistischen Einstellung zu diesem Thema gegeben, so gilt es nun, die im Interesse der Abreiterklasse einzige und mögliche Lösung aufzuzeigen. Dabei sei vorausgeschickt, daß, solange es Kapitalismus gibt — gleich, hinter welcher Kulisse er sich verschanzt —, die Militärfrage nur gelöst werden kann, durch die Revolution, durch die Niederwerfung des bürgerlichen Staates und seines Militärs. Dabei soll gesagt sein, daß das Kapital, slbst wenn sich sein Staat durch eine „sozialistische" oder Arbeiter- und Bauernregierung — etwa nach dem Rezept des berühmten Brändlers — auf dem Boden der Verfassung nach außen als scheinsozialistisch und demokratisch zeigt, dennoch die herrschende Gewalt ist, das Militär immer ein Instrument dieses kapitalistischen Staates sein muß. Solange also Privateigentumsverhältnisse herrschen, oder die Produktionsmittel in Händen des Staates zentralisiert sind, bleiben alle Machtorgane antiproletarisch, ausführende Organe des Staates und der dahinter stehenden besitzenden Klasse. Im kapitalistischen Staat bleibt für das revolutionäre Proletariat die Frage gleich: Ob stehendes Heer, Milizsystem oder Schutzbünde. Sie alle sind Organe zum Schutze der bestehenden Gesellschaft und der Kapitalismus duldet während seiner Herrschaft keine andere Macht im Staate neben sich.

Es brauchte Jahrzehnte, bis den Arbeitern durch grausam harte Wirklichkeit die Wahrheit eingebläut wurde, daß durch „Demokratie" in bürgerlicher Gesellschaftsordnung kein Sozialismus zu erreichen ist. Die alte Zauberformel, die von dem erwähnten Sozialdemokraten Julius Deutsch (Wehrmacht und Sozialdemokratie) als „Demokratisierung der Wehrmacht" angepriesen wurde, hat kein so langes Leben gehabt. Die Feder, mit der dieser biedere Sozialdemokrat die erwähnte Schrift niederschrieb, war noc hnicht trocken, als die „demokratistsche Wehrmacht Europas und der Welt", die österreichische Volkswehr, auf die Arbeiter Wiens schoß, als wäre es auf der Hasenjagd. Dabei war diese „Wehrmacht" die eigene Schöpfung des Deutsch und auch der Bront, aus der er seine „demokratische" Wissenschaft schöpfte. Die Gaukler, die den reißenden Wolf des Kapitals, den Militarismus durch Demokratie in ein frommes Schaf verwandeln wollen, sind damit der Lächerlichkeit preisgegeben.

Die Moskauer Sozialdemokraten nehmen in dieser Frage einen womöglich noch reaktionärern Standpunkt als ihre geliebten Brüder ein. So wie sie unter vielen anderen Rezepten den sattsam bekannten „revolutionären Parlamentarismus" haben, so auch die „revolutionäre Eingliederung" in das kapitalistische Militär. Ja, Lenin schrieb schon Dezember 1922 in der Instruktion für die russischen Delegierten zur Antikriegs-Konferenz der Amsterdamer und Pazifisten im Haag: „Boykott des Krieges? Das ist eine blöde Phrase. Die Kommunisten müssen in einen beliebig reaktionären Krieg gehen." Daraus leuchtet kein Prinzip, keine Richtschnur für das Denken und Handeln der Massen und es hilft auch nichts, diese Einstellung mit dem bornierten Einwand verteidigen zu wollen, daß die Kommunisten „bei der Masse bleiben" sollen. Sie sind eben dann keine Kommunisten mehr, die als Vortrupp im Klassenkampf den Proletariern vorzufgehen und sie unterscheiden sich in nichts von den im bürgerlichen Denken gehaltenen Massen.

Das revolutionäre Proletariat muß im offenen Gegensatz, wie zur brügerlichen Ordnung und zum Staat, so auch zum Krieg und zur bewaffneten Macht die herrschende Klasse schlagen und an die Herrschaft gelangen. Dabei braucht es durchaus nicht solche Soldatenspielerei wie den Roten Frontkämpfer-Band, denn es ist ein Wahn, innerhalb der bürgerlichen Ordnung ein eigenes proletarisches Militär zu wollen. Das Gefüge der kapitalistischen Gesellschaft birst, wenn die Massen gezwungen werden, um ihres eigenen Lebens willen, die Fesseln zu brechen, worin die Gesellschaft sie geschlagen. Aber um hierzu befähigt zu sein, müssen die Massen sich ihrer Aufgaben bewußt werden, muß die Arbeiterklasse in offener Kampfstellung zur herrschenden Ordnung stehen. Erst dann kann sie sich finden und formen zu der Macht, die alle Fesseln zerbricht. Unverrückbar fest muß uns Kommunisten die eine Erkenntnis als Richtschnur bleiben: Die Revolution ist der Kampf um das Denken, um die Köpfe der Massen, und er wird geführt, indem wir kämpfend als Vorbild vorangehen.

Obwohl es eine Doktorfrage ist, ausmachen zu wollen, auf welchem Fleck das aufstehende Proletariat der herrschenden Klasse die entscheidende Schlacht liefern wird, ob im Falle eines Krieges das meuternde Militär die Oberhand gewinnt oder im Straßenkampf des bewaffneten Aufstandes, so kann doch wohl darauf hingewiesen werden, daß die Entwicklung der Kriegstechnik in steigendem Maße das Schwergewicht des Krieges in die Produktionsstätten verlegt.

„Der Krieg hat nicht nur andere technische Bedingungen, sondern wird sich auch räumlich anders vollziehen als sich bisher Kriege vollzogen haben. Künftighin wir der Krieg nicht mehr allein von Front zu Front geführt werden. Vielleicht wird es sogar Fronten im Sinne des Schützengrabenkrieges überhaupt nicht mehr geben. Der künftige Krieg wird ein Waffengang Volk gegen Volk und von Volkswirtschaft gegen Volkswirtschaft werden. Den Kriegführenden wird es vor allem darauf ankommen, die Munitionsfabriken des Gegners, seine Ausrüstungsstationen, Flugzeugfabriken usw., zu treffen." So charakterisiert Deutsch den kommenden Krieg. Damit sitzt das Proletariat in den Produktionsstätten, im Herzen des Krieges und dieses Proletariat kann wenn klassenbewußt, durch die Besetzung der Betriebe sowohl dem Kriege wie den herrschenden Klasse überhaupt den vernichtenden Schlag versetzen. Die revolutionäre Betriebsorganisation mit ihrer Taktik des unversöhnlichen Klassenkampfes weist den geraden Weg dorthin. —

Die Militärfrage hat aber noch eine andere Seite und das ist die Bewaffnung der Arbeiterschaft nach dem Sturz der bürgerlichen Ordnung. Setzen wir voraus: Das Proletariat hat nach siegreichem Aufstand die Macht in der Hand. Die Periode der Diktatur des Proletariats ist angebrochen. Das die Macht ausübende Proletariat hat noch Feinde außen — von der Revolution noch nicht erfaßte Länder mit kapitalistischer Gewalt — und innen, die eben niedergeschlagene Kapitalistenklasse mit ihrem Anhang. Sie wird den Traum auf Zurückeroberung der Macht nicht sofort aufgeben und in aller Stille zur Sammlung ihrer Kräfte und im Verfolg dessen den Weg zu konzentrierter Gegenrevolution zu beschreiten versuchen. Neben dem Inganghalten der Produktion, der völligen Umgestaltung der Produktionsweise und Zirkulation spielt die militärische Sicherung der

*) Schluß des Artikels aus Nr. 51.

Das „Arbeiterparlament"

Von diesem „Parlament der Arbeit", wie die sozialdemokratische Presse großmäulig den Kongreß des ADGB. nennt, sollte es eigentlich genügen, die nackten Tatsachen zu berichten. Man braucht sich dabei noch nicht einmal auf die „Rote Fahne" berufen, die durch ihr unmotiviertes Gebrüll lediglich verschleiern möchte, daß ihre „Gewerkschaftspolitik" dort in Hamburg wieder mal elendiglich Wasser saufen ging. Sie konnte dort außerhalb des „Parlaments" schimpfen und konnte durch ihr blödes Getue von Gegendemonstrationen erreichen, daß die Großbonzen der gelben Bürokratie ihre Anhänger mit dem „vergossenen Blut der Klassenbrüder" so in Ekstase bringen konnten, daß sie blind waren für die Fragen, auf die eigentlich auch sie Antwort haben möchten. Man braucht nur die Tatsachen berichten, die von keiner Seite bestritten werden, und jeder Arbeiter, an dem noch ein geringer Rest von Klassenbewußtsein hängen geblieben ist, wird erkennen, daß dieser „Kongreß der Arbeit" mit dem kämpfenden Proletariat ungefähr so viel oder so wenig zu tunt hat, wie ein Kongreß der Wölfe mit den Interessen der Schafe.

Die anwesenden 500 Delegierten setzten sich zusammen aus der großen, mittleren und kleinen Bürokratie, und solchen, die nach oben streben, und deswegen nicht anecken wollen, weil sie sich ihre Karriere nicht versauen wollen. Dann kommen noch einige naive Proleten hinzu, die sich von dem Theater hypnotisieren lassen, und an eine große „Macht" glauben, die der ADGB. für das Proletariat ist. Was irgend wie anrüchig war, hat man sich vorher schon näher angesehen. Die Delegation der Berliner Metallarbeiter hat man einfach gestrichen. Von den Zellenbauern sind drei Mann vertreten. Weil man nun nicht ganz sicher war, ob denn nicht doch einige in letzter Zeit noch aus ihrem Traum erwacht sind — die Panzerkreuzergeschichte und die freche Provokation der Bekleidungsarbeiter durch Wissel, ferner der „Sozialismus" Nörpels, der in Hamburg zum „Gemeingut" gemacht wird, waren starke Belastungsproben — hat man das Selbstbestimmungsrecht auf dem „Parlament der Arbeit" so geregelt, daß ein Antrag, der zur Debatte gestellt werden soll, fünfzig Unterschriften haben muß. Die Oberkollegen meinen es ja nur gut. Es soll doch „praktische Arbeit" geleistet werden. Daß sie es gut meinen, dafür ist doch Beweis genug eine Ehrenkarte, die in der Mappe eines jeden Delegierten lag, für ein Nachtlokal, in dem es nackte Weiber zu sehen gibt. Mehr kann man doch nicht verlangen!

Als also so vorgearbeitet war, konnte die wirkliche praktische Arbeit beginnen. Die Berichterstatter der KPD.-Presse wurden sämtlich hinausgeworfen, und dafür haben dann Wissel und Curtius geredet. Sie bescheinigen sich, wie schön sie zusammenarbeiten. Wissel versprach ein Arbeitsgesetzbuch, daß in einigen Jahren erscheinen soll. Das bürgerliche Gesetzbuch hätte auch 25 Jahre gedauert, ehe es sich bis zur heutigen Höhe entwickelt hätte. Nörpel begründete, daß die Schlichtungseinrichtung der „Weg ins Freie" sei, und die beiden Herren ganz recht hätten. Leipart dankte den Herrn und vermahnte die Delegierten auch die Dinge zu beherzigen, die sie sagten. Das übrige war dann ein ekelhafter Schleim von Begrüßungsreden und Berichterstattung. Ein kleines Malheur wurde sofort korrigiert: Der dofe Pressevertreter des „Vorwärts" schrieb diesem — wohl in einer Anwandlung alter Erinnerungen — daß Wissel die Bekleidungsarbeiter aufgefordert hätte ihren Kampf auf die Spitze zu treiben. Das wurde im „Vorwärts" auch gedruckt, wohl in der Annahme, daß auch das völlig piepe sei, daß vielmehr die Situation dort ein paar „kernige Worte" verlangte. Aber anderen Tags wurde diese Entgleisung sofort berichtigt. Wissel hat nur die Unternehmer angewinselt, den Kampf nicht auf die Spitze zu treiben. So war alles in schönster Ordnung.

Das Hauptgewicht wird nun gelegt auf organisatorische Zentralisation, die unter dem Schlagwort der „Industrieverbände vor sich geht. Die Richtung ist schon jetzt klar. So wie Dort in Hamburg jede Meinung der Arbeiter brutal unterdrückt wird, dient jede weitere „Stärkung" der Gewerkschaften der organisatorischen Sicherung gegen die Arbeiter, und je weiter der Prozeß der Zentralisation durch die Aufsaugung kleinerer Berufsverbände durch die großen vor sich geht, desto sicherer wird die Macht der konterrevolutionären Bürokratie gegen die in den Gewerkschaften erfaßten Massen für die Zwecke der „Demokratie", das heißt für die kapitalistische Klasse gegen das Proletariat.

Diesen Anschauungsunterricht hat dieser „Kongreß der Arbeit" jedem denkenden Arbeiter in einer eigentlich dankenswert eindeutigen Weise geboten. Er hat darüber hinaus eben so klar mit dem Unfug von der „Eroberung" der Gewerkschaften aufgeräumt. Es ist leider ein Stück blutige Tragödie der Arbeiterklasse, daß sie die Fragen nicht aus der Einsicht der gewonnenen Erfahrungen heraus zu lösen sucht, sondern trotz aller vergangenen Erfahrungen, die ihm den theoretischen Schlüssel liefern für bewältigung der Probleme auf gleichlaufender Linie, unerhörte Opfer bringt, um Doch durch die Praxis überzeugt zu werden, daß sie nutzlos waren. Daß die Gewerkschaften als ein Stück des kapitalistischen Staates nicht zu „erobern" sind, ist dem Einsichtigen eben so klar wie die alte marxistische Wahrheit, daß auch der kapitalistische Staat nicht durch den Stimmzettel zu erobern ist, sondern zerbrochen werden muß, soll der Kampf des Proletariats nicht ein ewiges Blinde-Kuh-Spiel bleiben. Hoffentlich begreifen die Arbeiter der KPD. durch Hamburg, daß die „Eroberungspolitik" ihrer Bürokratie nicht nur nutzlos, sondern, weil nutzlos, dem Proletariat den wirklichen Weg ins Freie versperrt, und so die Massen immer von neuem der Streikbruchinternationale ausliefert. Daß der Emanzipationskampf des Proletariats nur einen Sinn hat durch die Entfaltung der eigenen Macht des Proletariats in den Betriebsorganisationen. Nur durch die Aktion der Massen selbst, ihre Verantwortung für ihre Kämpfe und ihr Schicksal die Kräfte weckt, die kapitalistische Gesellschaft aus den Angeln zu heben.

Produktionsstätten, wie der Revolution überhaupt und gegebenenfalls die Unterstützung der revolutionären Elemente in anderen, noch kapitalistischen Ländern, ferner Verteidigung und evtl. Angriff gegen die äußeren Bollwerke des Kapitalismus eine große Rolle. Wie ist diese miliärische Macht des Proletariats beschaffen, ohne daß sie ein Staat für sich, ein Instrument gegen dasselbe Proletariat werden kann?

Das „stehende Heer bedeutet Kasernierung und damit Isolierung von der Arbeiterklasse in den Betrieben. Wie sein Betätigungskreis außerhalb der Klasse liegt, so wird seine Ideologie auch bald klassenfremd sein. Wie konnte sonst die brutale Kasernierung im wilhelminischen Zeitalter Deutschlands aus Proletariern und Proletariersöhnen so wesen- und willenlos gefügige Menschen, bestes Kanonenfutter machen? Die bewaffnete Macht der Diktatur des Proletariats muß dieses Proletariat selbst sein und bleiben, muß die Glut revolutionären Willens und Wollens unauslöschbar behalten. Deshalb ist das „stehende" Heer unbrauchbar, nicht minder das Söldnerheer, das aus dem Soldaten einen Beruf macht und ihn aus seiner Klasse löst.

Und das Milizsystem? Etwa nach Schweizer Muster, wo jeder Wehrfähige sein Gewehr nach vollendetem Dienst mit ins Haus nimmt? Ganz abgesehen davon, daß unter der Diktatur des Proletariats durchaus nicht jeder Wehrfähige zu bewaffnen ist, bedeutet diese Bewaffnung auch ein untaugliches Mittel in unserer Zeit. Denn im Zeitalter der Gas- und Flugzeugproduktion, der U-Boote und gewaltigen Artillerie ist die Losung „Zu den Waffen" nun nicht mehr gleich der Losung „An die Gewehre". Für Länder, wie die Schweiz mit ihrem natürlichen Schutz durch die Gebirge mag diese Form der Bewaffnung noch eine kleine Sicherheit sein, dazu kommt, daß die Schweiz und einige andere Länder wegen ihrer verhältnismäßigen Einflußlosigkeit nicht fürchten brauchen, Kampfobjekte zu sein. Wenn aber das siegreiche Proletariat in den großen modernen Industrieländern jedem Klassengenossen ein 98er Gewehr mit Bajonett und genügender Munition zur Verfügung hält, so würde Kapitalismus und Konterrevolution diesem mittelalterlich anmutenden bewaffneten Proletariat gab bald den Garaus machen.

Und damit stehen wir mitten im Problem. Das zwanzigste Jahrhundert hat Hochburgen der Industrie, Großbetriebe wie etwa das Leunawerk auf dem Gebiete der Chemie, Krupp und andere auf dem der Stahlproduktion, Flugzeugfabriken wie Junkers, Dornier, Fokker etc. gleichzeitig zu Hochburgen und Zentren militärischer Macht erhoben. So wie die Konzentration des Kapitals der ökonomischen Umgestaltung der Produktionsverhältnisse von der Profit- in die Bedarfswirtschaft geradezu Geburtshelfer wird, so ist die Entwicklung der Kriegstechnik über die Großbetriebe nicht minder eine gewaltige Förderung der einzigen Lösung der Militärfrage in der Diktatur des Proletariats: Bewaffnung der Betriebe.

Mit der Übernahme der Produktionsmittel in die Hand des siegreichen Proletariats gehören ihm auch die Produkte. Und während des Weiterbestehens der außenkapitalistischen Länder und der Gefahr innerer Gegenrevolution produziert das Proletariat, neben den Bedarfsgegenständen, wie etwa Stickstoff in den Leunawerken, Kesseln und Lokomotiven bei Krupp, Handelsschiffen im Vulkan, in ersteren auch Gasgranaten, im zweiten Kanonen modernster Konstruktion und im letzteren auch U-Boote und Panzerkreuzer. Denn die Theorie des Pazifismus der Sozialdemokratie, den Feinde mit dem Oelzweig entgegenzutreten und entweder „verhandeln" oder sich fressen lassen, ist dem Proletariat selbst fremd und gefährlich. Die Praxis der Sozialdemokratie selber sprich ja dieser Theorie Hohn. Das Proletariat hat die Schule des Kapitalismus, das blutigste aller Gesellschaftssysteme nicht umsonst durchgemacht.

Wie das Rätesystem die Produktion ausschließlich im Sinne der proletarischen Klasse regelt so auch die Höhe und Art der Kriegsfabrikation. Der Speicher dieser Produkte wird sich eben wie ihre probewise Anwendung nicht Hunderte von Kilometern von den Produktionsstätten entfernen, sondern tunlichst unmittelbar dortselbs oder doch in der Nähe befinden. Daraus ergibt sich, daß die Waffenträger aller Art ständig im Schutze der Betriebsbelegschaften stehen, daß die Produkte selbst den Machtbereich der Klasse nie verschreiten können. Das Proletariat produziert die Waffen und beschützt sie, — damit ist der Gegenrevolution von vornherein die Möglichkeit der Aneignung moderner Waffen genommen. Die ihr unkontrollierbar verbleibenden Waffen haben dann nur noch den Wert der moralischen Genugtuung, daß die „Entwaffnung" doch nicht ganz gelungen sei, ähnlich wie heute im gleichen Verhältnis im Proletariat, das hier und da noch über verborgene Waffen dieser Art verfügt. Militärischen Kampfwert aber haben sie nicht. Für das Proletariat ist dies nicht so tragisch, eben weil es die produzierende und zahlenmäßig gewaltigste Klasse ist — von den ökonomischen Zerfallserscheinungen des Kapitalismus ganz abgesehen. Für die Konterrevolution in der proletarischen Diktatur fallen aber alle drei Voraussetzungen weg. Denn die Bourgeoisie ist nicht Produzent, sie hat also nicht mal in der Geburtsstunde die Produkte in der Hand, sie ist zahlenmäßige Minderheit und steht zudem der sich stets fester verankernden, neuen Produktionsweise gegenüber.

Die wirtschaftliche und politische Macht und damit auch die militärische, in die Hände der klassenbewußten Arbeiterschaft, das ist die einzige Gewähr gegen die Wiederaufrichtung einer Herrschaft über das Proletariat. Und so wie die bewaffneten Betriebe die Machtorgane sind, mit denen das Proletariat die besiegte Bourgeoisie niederhält, so werden sie auch die Kadres der Roten Armee sein, die allein die Diktatur des Proletariats gegen noch kapitalistische Länder verteidigen kann.

Politische Rundschau

Rußland im Bund der Räuber

Moskau ist dem „Kellogz-Pakt" beigetreten. Für die klarsehenden Proletarier bedeutet diese Konsequenz der russischen Politik keinerlei Ueberraschung: es überraschte auch nicht mehr, daß die „Rote Fahne" den Protest Moskaus gegen den Pakt groß aufmachte und in Fettdruck brachte, und daran beweisen wollte, wie liebdemütig Moskau gegen den pazifistischen Schwindel kämpft, und einige Tage später in einigen ausgewachsenen Artikeln bewies, daß die Unterschrift unter „den Verschwörerpakt gegen den einzigen Arbeiterstaat" auch ein Stück weltrevolutionärer Arbeit sei. Das bringt diese „revolutionäre Diplomatie" eben so mit sich, daß man sein eigenes Todesurteil unterschreibt, um durch den eigenen Mut einige von den Räubern zu verwirren. Um — die Gegensätze unter ihnen auszunützen — schreibe kühn und gottesfürchtig die „Rote Fahne".

Bei diesem Witz braucht man sich eigentlich nicht lange aufzuhalten. Diese Spukgeschichten stützen sich auf die Legende, daß die Verschärfung der Gegensätze der imperialistischen Staaten untereinander diese blind machen könnte vor dem gemeinsamen Feind, dem Weltproletariat. Das glauben bestimmt auch die Redakteure der „Roten Fahne" nicht, auch wenn ihnen in ihrer äußerlichen Verlogenheit kein anderer Witz mehr einfällt. Daß aber Rußland als Mitglied des Paktes diese Gegensätze besser „verschärfen" und „ausnützen" könne, ist zwar die alte Mär von den zwölfen Männern, die durch ihre List und Verschlagenheit die Aktivität der Arbeiterklasse ersetzen, ist aber andererseits auch für das revolutionäre Proletariat von Bedeutung. Mit diesem Argument sind die letzten Hindernisse beseitigt zum formellen Eintritt in den Völkerbund, denn so viel wie dort, gibt es auch hier zu „verschärfen" und „auszuspielen". Und die Sozialdemokraten haben für ihre Koalitionspolitik wieder ein Argument mehr. Man sieht, die parlamentarische Taktik baut aus sich heraus Stein auf Stein, auf denen auch die KPD. gelexentlich in die kapitalistische Regierung stolpern wird, auch wenn diese Regierung klugerweise, wie man eben hier vorgehen muß, „Arbeiterregierung" heißt. Brandler, Heckert, Böttcher und Konsorten wissen, daß sie nicht umsonst warten.

Im Hippschlager bei der Begründung bildet aber wieder einmal die Stellung Lenins zum Brest-Litowsker Frieden. Man zieht hier eine Parallele, und fertig ist das Kartenhaus. Aber es bleibt es auch. Brest-Litowsk war ein Anfang dieser Politik, und keine geringere wie Rosa Luxemburg schrieb damals die Sätze: „Eine Allianz der Bolschewiki mit Hindenburg, das wäre das ungeheuerlichste, was uns noch passieren könnte. Dann wäre die moralische Lichtquelle im Osten verlöscht." Was an der Prophezeiung R. L. richtig war, waren die Konsequenzen dieser Politik selbst, auch wenn den Bolschewiki keine andere Wahl blieb. Eine der letzten Etappen dieser Politik ist der Beitritt zum Kellogz-Pakt.

Der „Leninbund" natürlich weiß es besser. Hören wir selbst, was der „Volkswille" dazu geistreichelt:

„Die Federhelden der „Roten Fahne", die aus schwarz weiß und aus weiß schwarz machen können, die jeden Saltomortale der heutigen Sowjetdiplomatie als den Extrakt reiner Leninismus, „wie ich ihn auffasse", darstellen, ziehen eine Parallele mit Lenins taktischem Verhalten 1918 beim „Friedensvertrag" Brest-Litowsk. Damals hätte Lenin auch die Gegensätze der imperialistischen Mächtegruppierungen ausgenutzt. Der damalige „Vertrag" wurde dem jungen Räterußland **aufgezwungen.** Heute tritt die Sowjetdiplomatie dem Kriegsschwindelpakt **freiwillig** bei. Das Kellogz-Produkt ist eine Falle für Sowjetrußland, es will dem Proletariat das Recht verweigern, sich gewaltsam zu erheben und die Sklaverei abzuschütteln. Die heutige Sowjetdiplomatie geht eine Bindung ein, die nichts weniger als einen Verzicht auf den bewaffneten Kampf enthält. Das ist das Wesentliche an dem Vertrag, der nur geeignet ist, unter den proletarischen Massen die pazifistischen Illusionen zu stärken."

Brest-Litowsk war also „aufgezwungen", und der Beitritt zum Kriegsschwindelpakt ist „freiwillig". Diese Philosophie ist nur verwendbar, um sie immer wieder auch als abschreckendes Beispiel gegen den „Leninismus" zur Hand zu haben. Die „freiwilligen" oder „unfreiwilligen" Handlungen der Staatsoberhäupter sind also nicht der Ausfluß der ökonomischen und politischen Kräfte eines Landes, sondern sie „können" so, und „können" auch so, je nachdem sie gerade geschlafen haben. Nur so wird es auch verständlich, daß die „Orthodoxen" sich als Personen für die Kerle halten, in Rußland einen anderen „Kurs" zu steuern. Was gehen das Proletariat die nationalökonomischen Lehren eines Karl Marx, Rosa Luxemburg usw. an? Das ist die letzte Weisheit der „wahren Leninisten".

Der Beitritt Rußlands zum Kellogz-Pakt spiegelte lediglich die Tatsache wieder, daß Rußland um jeden Preis seinen Frieden mit dem Kapital zu sichern sucht, weil die russischen Bajonette und die Nep-Bourgeoisie wohl eigene nationale Interessen haben, die sie verteidigen, und für die sie evtl. auch einmal die Flinte auf den Buckel nehmen werden. Aber diese Dinge haben noch gute Weile, und diese „nationalen Belange" sind keine proletarischen Sorgen, ebensowenig, wie die Interessen des Weltproletariats nicht die der nationalen Bourgeoisie sind. Die russischen Regierer erfüllen ihre nationale Mission, indem sie, ob „freiwillig" oder „unfreiwillig", die Einheitsfront der russischen konterrevolutionären Klassen mit dem Weltkapital herstellen, das revolutionäre Proletariat muß daraus die Konsequenzen ziehen, daß ist besser, als über den ehernen Schritt der Weltgeschichte leninistisch-orthodoxe Krokodilstränen zu weinen.

Vom Kongreß des ADGB.

Nachfolgender Teilbericht über den ADGB.-Kongreß ist der „Leipziger Volkszeitung" entnommen. Wir geben ihn ohne jeden Kommentar wieder:

Wissel sprach dann recht ausführlich über „meine wichtigsten Aufgaben". Die „Ausgestaltung des deutschen Arbeitsrechts" stellte er dabei in den Vordergrund. Er will es zu einem „Recht des Menschentums der Werktätigen" gestalten, „die Arbeit zum Dienst am Volke". Aber er warnt vor Illusionen:

„Wie jedes große Werk der Menschheitsgeschichte, braucht auch der Riesenbau des neuen Arbeitsrechts Zeit. Wenn das Werden des Bürgerlichen Gesetzbuches eine Zeitspanne von 25 Jahren in Anspruch genommen hatte, obwohl es sich dabei doch im wesentlichen um die Ordnung und Formulierung bereits anerkannter Rechtsgedanken handelte, so kann die Neugestaltung des Arbeitsrechts nicht in wenigen Jahren erwartet werden."

Wissell, ganz Würde, oft liebevoll den Bart streichend, im Bratenrock mit Erfolg den „Mann aus dem Volke" darstellend, wurde am Rednerpult durch seinen Ministerkollegen Curtius abgelöst. Das ist eine von diesen so ganz unauffälligen Syndikus-Figuren: gepflegtes Aeußere, das Bäuchlein unter gut sitzender Weste geschickt versteckt, aufgelaht, ein „wohlmeinender Vermittler" (eigentlich mehr ein listiger Fuchs), zongeleur mit schönen Worten. Wenn er Recht hat, dann ist die soziale Frage eigentlich furchtbar einfach. Man muß nur „wirtschaftspolitische und sozialpolitische Gesichtspunkte gegeneinander abgleichen", und da es sich dabei „nicht um unversöhnliche Gegensätze" handelt, „sondern nur um zwei Seiten der gleichen Sache", so muß man sich eigentlich wundern, daß Wissell so lange Zeit brauchen will.

Alles in Butter:

„Wie der Arbeitsminister bei den von ihm zu vertretenen sozialpolitischen Maßnahmen die durch die Wirtschaftslage gezogenen Grenzen berücksichtigen muß, so muß sich der Wirtschaftsminister darüber klar sein, daß manches, rein wirtschaftlich gesehen, vielleicht Zweckmäßige aus Rücksicht auf das wertvollste aller Produktionsmittel, auf den Menschen und seine Arbeitskraft, unterbleiben muß oder nur in abgewandelter Form durchgeführt werden kann. Die mittlere Linie, auf der sich Wirtschafts- und Sozialpolitik einigen müssen, ist gegeben durch, das gemeinsam erkannte Ziel der Hebung des allgemeinen Volkswohlstandes, um möglichst weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung dauernde gesicherte Arbeit, bessere Lebensführung und einen Anteil an den Kulturgütern der Menschheit zu verschaffen. Ich freue mich, daß ich engste Tuchfühlung halte, durch unser gemeinsames Auftreten auf ihrem Kongreß zum Ausdruck kommt."

Herr Curtius hatte nach solcher Konzilianz allerdings auch noch die Freundlichkeit, zu sagen, was er über die Wirtschaftslage denkt. Und dabei war freilich der volksparteiliche (und das heißt: der kapitalistische (Pferdefuß deutlich zu erkennen. Curtius sieht allenthalben Kapitalnot. Kapitalbildung tut also am meisten not! Kapital aber entsteht aus aufgeschatzten Profit. Der Profit muß also geschützt werden — im Interesse der Arbeiterschaft, versteht sich! Herr Curtius umschrieb das vorsichtig:

„im gemeinsamen Interesse sowohl der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber."

Bis zum Mittag plätscherten die Begrüßungsreden, nur unterbrochen von dem Dank des Kongresses, den Gräfmann den beiden Ministern aussprach, wobei er auch etwas sagte von der Anerkennung, die man nicht nur in der persönlichen Anwesenheit der Minister sehe, „sondern auch in dem, was sie sagten". Dann nahm Sassenbach das Wort, der Sekretär des IGB., kurz und sachlich, im Beifall beim Aufstehen und Abtreten den Ausdruck der Sympathie einheimsend, die man für ihn hegt. Nach ihm sprachen andere internationale Vertreter, dann Aufhäuser als Vertreter des Afa-Bundes, Falkenberg für den ADB., Vertreter der Konsumgenossenschaften, der Volksfürsorge usw. Es sprach auch der Professor Nostitz, von der Akademie für Soziale Reform, der an die „vaterländische Treue" der Gewerkschafter an der Front und der Gewerkschaften hinter der Front im Kriege erinnerte.

Und dann wartete man noch schnell die Kongreßleitung (Vorsitzende: Leipart, Brandes und Schumann), einige Kommissionen und wollte die Geschäftsordnung verabschieden — da trat als Vertreter der

3 anwesenden Kommunisten

Kraus-Stuttgart auf und beantragte, zu beschließen, daß Anträge nicht von 50, sondern nur von 3 Delegierten unterstützt werden müssen und daß namentliche Abstimmung von 3 (anstatt von 100) Delegierten beantragt werden kann. Außerdem verlangte Kraus Streichung der Bestimmung: „Nur die unterstützten Anträge werden in das gedruckte Kongreßprotokoll aufgenommen." Natürlich wurden die Abänderungsanträge abgelehnt.

*

Die Konsequenz der harten Geschäftsordnung kehrte sich schon am Nachmittag gegen die Leipziger Metallarbeiter. Diese hatten beantragt:

„Die fortschreitende Rationalisierung und technische Umstellung der Betriebe, vor allem in der Metallindustrie, hat es mit sich gebracht, daß ein beträchtlicher Prozentsatz der Arbeiter dauernd erwerbslos bleibt. Um diesen Zustand zu beseitigen, wird der Vorstand des ADGB. beauftragt, der Reichsregierung einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, welcher als Höchstarbeitszeit die 44-Stunden-Woche vorsieht. Sollte auf parlamentarischem Wege diese Regelung nicht zu erzielen sein, so wird der Vorstand verpflichtet, bei kommenden Arbeitszeitkämpfen **die gesamte Macht des ADGB. für die Verkürzung der Arbeitszeit einzusetzen."**

Es ist kaum glaublich, aber Tatsache: dieser Antrag wurde nicht genügend unterstützt. Dasselbe Schicksal widerfuhr dem folgenden Antrage der Leipziger Metallarbeiter:

„Der Gewerkschaftskongreß beschließt, den Bundesvorstand zu beauftragen, einen Entwurf auszuarbeiten und im Reichstag einzubringen, nach welchem für alle Arbeiter und Arbeiterinnen eine Ferienzeit von mindestens 14 Tagen jährlich festgelegt wird."

So geschehen auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß im Jahre 1928!

Ein Ganz Großer

Stinnes Junior ist eingesperrt worden, weil er Kriegsanleihe in Neubesitz aufkaufte, und sich diese als „Altbesitz" auftwerten ließ. Der Aufwertungskurs aber ist verschieden, legenheit ist so dunkel, daß der ganze Justizapparat mit diesem Geschäft interessiert war. Der „große" Stinnes wurde Beispiel gefeiert. Heute bringt sie ganze Spalten Sensationsberichte und Karikaturen über die Schieberdynastie. So schrieb der „Vorwärts" vom 5. 11. 1920:

„Der gewaltige Organisationsgeist, den Hugo Stinnes in letzter Zeit entwickelt und der sich geradezu ins Riesenhafte auswächst, zwingt auch den Gegner zur Achtung. Stehen Stinnes auch Kapitulationen in jeder Höhe zur Verfügung, so fordern diese Konzentrationen auch schöpferische Arbeit, neue Formen für die Zusammenballungen wirtschaftlicher Unternehmungen zu finden. **Er bringt, wie Marx sagt, den Kapitalismus in den „Puppenzustand", aus dem einst als fertiger Schmetterling die sozialistische Gemeinwirtschaft entschlüpfen wird. Stinnes ist kein schwarzer Mann. Stören wir ihn nicht bei seinem Werk. Die Sozialisten werden ihn vielleicht preisen als einen ihrer Größten."**

Die Schieber, die heute den „ganz Großen" angeifern, haben eben heute andere „Größen", von denen sie für die Bequemerung des Proletariats auszehalten werden.

Die offen ehrlichen Sozialdemokraten

Im „Abend", dem „Vorwärts"ersatz am Abend, der in der Hauptsache mit Mord- und Totschlagsgeschichten angefüllt wird, lesen wir grob aufgemacht:

„In einer öffentlichen Versammlung der Kommunistischen Partei in Halle erläuterte der politische Bezirksleiter der KPD. Schröter, nach dem Bericht des dortigen Bolschewistenblattes, den Sinn des von seiner Partei geleiteten Volksentscheids folgendermaßen:

„Wir (Schröter) zerstören alle Illusionen darüber, daß der Volksentscheid an sich die imperialistische Politik aufhalte und die Trustbourgeoisie an der Heranbildung eines neuen Militarismus hindern würde. Nur ein ausgesprochener Dummkopf kann annehmen, sagt Genosse Schröter, daß das die Erwartung der Kommunisten wäre, sondern wir wollen den Arbeitern beweisen, daß die Sozialdemokratie gegen diesen Volksentscheid ankämpfen wird und den proletarischen Kampf wird klar herausarbeiten, welche infame Rolle die Sozialdemokratie spielt. **Es liegt uns fern, glauben zu machen, daß es möglich wäre, mit Hilfe des Volksentscheids die Kriegsrüstungen der deutschen Imperialisten aufzuhalten."**

Also die Kommunisten wissen, daß ihr Volksentscheid vollkommener Betrug ist. Sie proklamieren diesen Betrug sogar unter richtigem Namen. Alle das wird sie natürlich nicht abhalten, alle nählichende Stellung der Sozialdemokratie zu diesem Volksentscheid wieder zu einem sozenannten Entlarvungsmanöver zu benutzen."

Die Leute sind doch zu gut! Ehe sie die Arbeiter einmal ermuntern, daß ein Volksentscheid gegen den Kapitalismus und seine imperialistische Politik etwas nützt, lassen sie sich lieber die Zunge abreißen — vorausgesetzt, daß ein solcher Schwindel nicht gerade in ihren Laden paßt, wie damals bei der Fürstenenteignung. **Dann** ist es natürlich etwas anderes!

Gewerkschaftskongreß in England

Opferbereitschaft bewährter Führer.

Wir entnehmen einem längeren Bericht der „Roten Fahne" über den Gewerkschaftskongreß anläßlich des Austritts des englischen Gewerkschaftskongresses folgendes:

„London, 4. September. Gestern begann in Swansea (Schottland) unter dem Schutze eines starken Polizeiaufgebots der diesjährige englische Gewerkschaftskongreß. Industriegebieten Arbeitslosendelegationen eingetroffen die beauftragt sind, den Kongreß auf die furchtbare Lage der Arbeitslosen in Schottland hinzuweisen und Abhilfemaßnahmen zu fordern. Aus Furcht vor „Belästigungen" durch die Arbeitslosen, die trotz Polizeiverbots in großen Trupps in den Straßen demonstrierten, hatten die reformistischen Gewerkschaftsführer **den Schutz der Polizei** angerufen, deren Kollkommando die Umgebung des Tagungslokals in weitem Umkreise von den Demonstranten „säuberten". Um ganz sicher zu gehen, hatten die Führer des Generalrats noch dazu in größter Heimlichkeit das Tagungslokal gewechselt.

Eine Delegation der Erwerbslosen, die Zutritt zum Kongreß verlangte, wurde von der Kongreßleitung abgewiesen und mit polizeilichem Hinauswurf bedroht. Als ein Erwerbslosentrupp vor einem Restaurant vorbeizog, in dem sich die Gewerkschaftsführer während der Mittagspause aufhielten, warfen diese — eine schändliche Provokation — **den Erwerbslosen von den Balkons herab Knoblauchzwiebeln. Es ist die Polizei zum zweitenmal ein, um einen Sturm der bis auf Blut gereizten Erwerbslosen auf das Restaurant zu verhindern."**

Die „bewährten Führer" der englischen Gewerkschaften haben noch nicht so fein wie ihre deutschen Berufskollegen gelernt, ihre Verachtung vor dem Proletariat zu verbergen. Ihnen fehlen noch die nötigen „Erfahrungen". Daher der ungehemmte Hohn gegen die Erwerbslosen.

Aus der Internationale

Tschechoslowakei

Wie wir schon berichteten, erschien in der „Fahne des Kommunismus" eine Antwort auf das Memorandum unserer Genossen in der Tschechoslowakei an die „Prager Fraktion". Eine „Antwort" natürlich, die sich um die aufgeworfenen Fragen herumzudrücken versucht oder beliebige Theorien konstruiert und diese der KAPD. unterstellt, um dagen diese zu kämpfen.

Unsere Genossen in der Tschechoslowakei senden uns darauf folgende Antwort:

Ergänzung zum Memorandum an die Prager Fraktion.

August 1928.

Werte Genossen!

Auf unser Memorandum hin verfaßte ein Genosse der P. F. einen Artikel über die Ideologie der KAPisten. Er wurde uns als eine private, unoffizielle Aeußerung übergeben. Dadurch aber, daß der Artikel in der „Fahne des Kommunismus", dem reichsdeutschen Organ der Leninisten, teilweise abgedruckt wurde, können wir ihn als vollgültige Stellungnahme zu unseren Ansichten auffassen.

Der Artikel beginnt mit einer geschichtlichen Fälschung. Die KAP. stellt ursprünglich nicht eine „Reaktion auf die jüngste Entwicklung der Komintern dar", sondern richtig muß es heißen: der fortgeschrittenste Teil des (vor allem deutschen) Proletariats erkannte das Unterrevolutionäre der alten sozialdemokratischen, parlamentarisch-gewerkschaftlichen Methoden und fand auch neue, der Gegenwart entsprechende Mittel. Die KAP. war keine nachträgliche Abweichung von der vom revolutionären Proletariat anerkannten Linie; der Teil, der sich vom Sozialdemokratismus nicht konsequent loszusagen vermochte, wurde repräsentiert durch die KPD., die dann, vom Leninismus des väterlichen Segen erhaltend, Uebergewicht gewann. Das war nicht bloß auf Deutschland beschränkt. Z. B. war auch in der CSR. die Bewegung anfänglich in den Bezirken Aussig-Bodenbach KAPistisch. Und wir haben dort die antibrandlerische Holzbroschüre (es ging dort nicht um die Person Brandler, sondern um den „Brandlerkurs der Partei und der Komintern selbst!) verbreitet schon zu einer Zeit, die sich im Begriff „jüngste Entwicklung der Kl." nicht unterbringen läßt, als ob „ultralinke Tendenzen" erst auf Grund einer bucharinschen Diskreditierung des Leninismus entstünden. „Ultralinke Tendenzen" waren entstanden, als es nur einen „echten Leninismus" gab. Wenn ultralinke Tendenzen auf Grund nur des Bucharinismus entstehen, so zeben damit die Leninisten indirekt zu, daß niemand anderer als Lenin selbst — „Bucharinist" war. (Hier war natürlich nur die Rede von den linken „Abweichungen" nach Entstehung der Komintern.) Der Leninisten Hauptkummer ist, ob es ihnen gelingen wird, uns zu retten, hinüberzuziehen, durch die Aufklärung, daß wir unrecht tun, den Bucharinismus und Leninismus zu identifizieren. Indes soll ihnen zur weiteren Beunruhigung gesagt: Mag sein, daß Bucharin den Leninismus zum Teil diskreditiert, es ist ja euer Spezialfach, sich darüber aufzuregen. — aber nicht auf Grund **dieser** Diskreditierung lehnen wir den Leninismus ab, sondern auf Grund der Diskreditierung des Marxismus durch den Leninismus selbst, durch den echten. Die KAPD. vertritt daher keinen besonderen Ismus (die Fraktionisten nennen es „KAPismus) neben dem Marxismus, sondern wir stehen auf dem Boden des Marxismus selbst und halten ihn auch auf die imperialistische Epoche, sowie auf jede andere, anwendbar; weil aber die Leninisten „bei Marx keine paragraphierten Thesen für die Jahre etwa 1914—1928 vorfinden, schließen sie daraus, daß ausgerechnet der Leninismus die richtige Theorie von heute zu sein hat. Da sie aber selbst zugeben, keine neue Methode neben die marxistische stellen zu können, bestätigt sich unsere Behauptung, daß sie darunter eben keine Methode der Kritik politischer und ökonomischer Verhältnisse (das Revolutionäre und und deren Veränderung!) . . . . sehen, sondern es ihnen bloß um Rezepte und Verhaltungsmaßregeln geht. **Dann** allerdings wäre eine **neue** Rezeptsammlung nötig, wenn der Marxismus eine **alte** wäre. Zuletzt widerlegen sie sich selbst durch diesen Satz:

„Daher gibt es jederzeit nur **einen** Marxismus, und alles, was davon abweicht, ist Dogmatismus und Illusion."

Es käme demnach jetzt nur darauf an, zu untersuchen, was der Leninismus mehr ist, ob Dogmatismus oder Illusion.

Weiter wird uns vorgeworfen, wir hätten vergessen, mit einer Analyse der politischen Gesamtlage zu beginnen. Indes geht aus unserem Schreiben überall hervor, wie wir die Lage beurteilen. Bei der Diskussion mit der Opposition geht es aber erstlich darum, taktische Fragen zu behandeln. Es ging uns darum, weniger darüber zu streiten, wie die Lage zu interpretieren, sondern wie sie zu ändern sind. Es ging draum, das Positive, das Aktive in den Vordergrund zu stellen. Soweit wir informiert sind, pflegt es bei den Fraktionssitzungen so zu sein, daß jede mit einer großartigen theoretischen Analyse der gegenwärtigen politischen Gesamtlage, unwidersprochen, beginnt, um mit stundenlangem Streite über das Thema: wieviel-prozentige Opposition gemacht werden soll, zu enden. Auch der nächste, ähnliche Vorwurf, daß die „Ultralinken weniggestend die reale Bedeutung der hemmenden Momente ignorieren", kann nicht uns treffen. (Vielleicht die Individualanarchisten.) Wir stellen eine ganzes Memorandum, um den Genossen auseinanderzusetzen, warum wir die KAP. gegründet haben, **und gerade wir,** die nur allzu reale Bedeutung der hemmenden Momente erkannt haben. Und nicht nur **erkannt** haben, sondern auch Mittel, bewährte Mittel (die von SP. über KP. KAP. war keine nachträgliche Abweichung von der vom revolutionären Proletariat anerkannten Linie; der Teil, der sich vom Sozialdemokratismus nicht konsequent loszusagen vermochte, wurde repräsentiert durch die KPD., die dann, vom Leninismus des väterlichen Segen erhaltend, Uebergewicht gewann. Das war nicht bloß auf Deutschland beschränkt. Z. B. war auch in der CSR. die Bewegung anfänglich in den Bezirken Aussig-Bodenbach KAPistisch. Und wir haben dort die antibrandlerische Holzbroschüre (es ging dort nicht um die Person Brandler, sondern um den „Brandlerkurs der Partei und der Komintern selbst!) verbreitet schon zu einer Zeit, die sich im Begriff „jüngste Entwicklung der Kl." nicht unterbringen läßt, als ob „ultralinke Tendenzen" erst auf Grund einer bucharinschen Diskreditierung des Leninismus entstünden. „Ultralinke Tendenzen" waren entstanden, als es nur einen „echten Leninismus" gab. Wenn ultralinke Tendenzen auf Grund nur des Bucharinismus entstehen, so zeben damit die Leninisten indirekt zu, daß niemand anderer als Lenin selbst — „Bucharinist" war. (Hier war natürlich nur die Rede von den linken „Abweichungen" nach Entstehung der Komintern.) Der Leninisten Hauptkummer ist, ob es ihnen gelingen wird, uns zu retten, hinüberzuziehen, durch die Aufklärung, daß wir unrecht tun, den Bucharinismus und Leninismus zu identifizieren. Indes soll ihnen zur weiteren Beunruhigung gesagt: Mag sein, daß Bucharin den Leninismus zum Teil diskreditiert, es ist ja euer Spezialfach, sich darüber aufzuregen. — aber nicht auf Grund **dieser** Diskreditierung lehnen wir den Leninismus ab, sondern auf Grund der Diskreditierung des Marxismus durch den Leninismus selbst, durch den echten. Die KAPD. vertritt daher keinen besonderen Ismus (die Fraktionisten nennen es „KAPismus) neben dem Marxismus, sondern wir stehen auf dem Boden des Marxismus selbst und halten ihn auch auf die imperialistische Epoche, sowie auf jede andere, anwendbar; weil aber die Leninisten „bei Marx keine paragraphierten Thesen für die Jahre etwa 1914—1928 vorfinden, schließen sie daraus, daß ausgerechnet der Leninismus die richtige Theorie von heute zu sein hat. Da sie aber selbst zugeben, keine neue Methode neben die marxistische stellen zu können, bestätigt sich unsere Behauptung, daß sie darunter eben keine Methode der Kritik politischer und ökonomischer Verhältnisse (das Revolutionäre und deren Veränderung!) . . . . sehen, sondern es ihnen bloß um Rezepte und Verhaltungsmaßregeln geht. **Dann** allerdings wäre eine **neue** Rezeptsammlung nötig, wenn der Marxismus eine **alte** wäre. Zuletzt widerlegen sie sich selbst durch diesen Satz:

„Daher gibt es jederzeit nur **einen** Marxismus, und alles, was davon abweicht, ist Dogmatismus und Illusion."

Es käme demnach jetzt nur darauf an, zu untersuchen, was der Leninismus mehr ist, ob Dogmatismus oder Illusion.

Weiter wird uns vorgeworfen, wir hätten vergessen, mit einer Analyse der politischen Gesamtlage zu beginnen. Indes geht aus unserem Schreiben überall hervor, wie wir die Lage beurteilen. Bei der Diskussion mit der Opposition geht es aber erstlich darum, taktische Fragen zu behandeln. Es ging uns darum, weniger darüber zu streiten, wie die Lage zu interpretieren, sondern wie sie zu ändern sind. Es ging draum, das Positive, das Aktive in den Vordergrund zu stellen. Soweit wir informiert sind, pflegt es bei den Fraktionssitzungen so zu sein, daß jede mit einer großartigen theoretischen Analyse der gegenwärtigen politischen Gesamtlage, unwidersprochen, beginnt, um mit stundenlangem Streite über das Thema: wieviel-prozentige Opposition gemacht werden soll, zu enden. Auch der nächste, ähnliche Vorwurf, daß die „Ultralinken weniggestend die reale Bedeutung der hemmenden Momente ignorieren", kann nicht uns treffen. (Vielleicht die Individualanarchisten.) Wir stellen eine ganzes Memorandum, um den Genossen auseinanderzusetzen, warum wir die KAP. gegründet haben, **und gerade wir,** die nur allzu reale Bedeutung der hemmenden Momente erkannt haben. Und nicht nur **erkannt** haben, sondern auch Mittel, bewährte Mittel (die von SP. über KP. bis zum Leninbund bewußt oder ignorantenhaft sabotiert werden zu deren Beseitigung oder Kaltstellung vorzuschlagen wissen.

Haben aber die Leninisten etwa diese Momente erkannt? Sie haben sie weniger erkannt als anerkannt! Einen konterrevolutionären Faktor aber, ein hemmendes Moment der revolutionär hinzustellen, das hat nur der — Leninismus fertiggebracht. (Gewerkschaften, Parlament, Nep, nationales Selbstbestimmungsrecht der Völker " usw.

In noch einem Absatz über Marxismus-Leninismus steht: wir hielten nicht richtige marxistische Methode und deren Ergebnisse auseinander. Ist, zum Teufel, eine Methode nur selbstständig ergebnisfrei,

Achtung! Groß-Berlin: Jeder Genosse besucht die erweiterten Bezirksmitgliederversammlungen am Freitag, 14. September! (Näheres siehe Versammlungskalender)

Klassenkampfes" nur der Leninismus handelt. Dem liegt folgendes zugrunde: Die Anwendung des Marxismus ergab im vorhergehenden Zeitabschnitt Erkenntnisse, die aber für den heutigen Klassenkampf unbrauchbar seien; für die neue Epoche will man aber nicht mehr die marxistische Methode anwenden, denn sie müßte ja, richtig angewandt, in dieser neuen Epoche neue Ergebnisse zeitigen, die für den Klassenkampf wertvoll wären. Nun geht es aber den Leninisten nicht darum, neue Ergebnisse und Mittel zu finden — sondern es geht ihnen darum, den alten Methoden sozialdemokratischen Angedenkens wiederum Geltung zu verschaffen! Durch die Definition vom „Marxismus der imperialistischen Epoche" wird bezweckt, daß die marxistisch eingestellten Arbeiter die Eskamotage nicht merken, daß Theorie und Praxis, Methode und Ergebnisse nicht etwa in Wechselwirkung gebracht, sondern antidialektisch auseinandergerissen, der Marxismus als fossile Theorie, der Leninismus als zeitgemäße Praxis erklärt wird.

Wie nehmen also die Leninisten zu aktuellen Fragen Stellung? Auf idealistisch-subjektive Art. Einige Beispiele.

Nach Meinung der Leninisten dürfte die KI. als Organisation erst dann zerschlagen, bzw. durch eine neue 3. Internationale ersetzt werden, „wenn ihre Führung auch in den Augen der kommunistischen Massen sich von dieser Ideologie definitiv entfernt haben würde". Danach warten also die Leninisten, bis die Komintern führung von sich selbst behauptet: wir sind konterrevolutionär! Warten sie aber nicht darauf, sondern klären die Massen auf, so sind sie auf dem besten Wege zur Zerschlagung. Oder aber tun sie wieder dies noch jenes und stehen der Komintern sowie Rußland wesentlich reformistisch (wie wir schon im ersten Teil des Mem. behaupteten) gegenüber.

Wie wollen sie aber diese Reform durchführen? Ob nicht auch in diesem Falle der Reformismus, wie sonst meist, auf Utopismus beruht? Wie die Erfahrung mit der Sozialdemokratie lehrt, sind auch die allergrößten Lumpereien nicht imstande, die gesamte Masse abzustoßen. Was dann aber dennoch kritisch wird, erreicht innerhalb nicht viel und fühlt sich sehr bald außerhalb. Der Rest kann immer noch aus Massen bestehen, er kann (siehe SP.) bald die andern überflügeln. Machen die Massen die Politik ihrer Führung mit, dann merken sie eine „Entfernung" nicht, denn sie haben sich ja mitentfernt. Es ist daher durchaus opportunistisch, zu warten, bis alle alles durchschaut haben, und könnte bis zum St. Nimmerleinstag dauern. Unsere Kritiker behaupten, die Zusammensetzung der Führerschaft könne entscheiden, welcher von 2 objektiv möglichen Wegen eingeschlagen werden könne. Damit wird die Arbeiterbewegung zu einer überwiegenden Führerangelegenheit gemacht. Die Massen verhöhnt man dadurch offensichtlich. Die Arbeiterschaft muß bis jetzt kolossal dumm gewesen sein, daß sie aus ihren Reihen, die sie doch kennen muß, immer und immer wieder die Unfähigsten an die Spitzen gestellt hat. Den Leninisten nach würde sich alles ändern, wenn die Arbeiter von nun ab nur die 100prozentigen herausgreifen. Wir scherzen durchaus nicht, hat uns doch der Artikelschreiber direkt gesagt, die Komінternpolitik sähe anders aus, wenn im Ekki etwa 3 Trocky und 6 Pollak säßen. Vorderhand privatisieren die Trocky unfreiwillig, wo in Sibirien, und was die Pollaks betrifft, so gibt es deren nur einen und auch der eine noch muß Schulhefte korrigieren. In dieser Hinsicht beruht der Leninismus auf Utopismus, auch dann, wenn die 3 und die 6 wirklich im Ekki säßen.

Da wir, um die landläufigen Redensarten von irgendeinem altralinken Subjektivismus" unmöglich zu machen, im Memorandum des öfteren etwas nachdrücklicher auf die objektiven Momente hinwiesen, benützt das die Antwort, um uns fatalistischer Tendenzen zu beschuldigen und danach auf Grund eines ziemlich kostenlosen Gedankenganges dem Kautsky zu empfehlen, Wie uns Suhl gezeigt hat, hätte es günstigere Aussichten, beim Leninbund mit solchen Empfehlungen hausieren zu gehen.

Was das Motivieren mit den sog. Mittelklassen betrifft, müssen wir zu hören bekommen, daß die Mehrheit der Menschheit (die Leninisten zweifellos mitgerechnet) dem Kleinbürgertum angehört, daß dieses in seiner Gesamtheit „das eigentlich potenziell revolutionäre Element in dieser Uebergangsepoche sei". Als Erwiderung darauf müßten wir wieder das anführen, was wir schon im 1. Teil behaupteten, nämlich, daß die Leninisten alles Gelingen vom Verhalten der Mittelklassen abhängig machen, die sie ganz willkürlich zur größten Klasse aufbauschen, zu dem Zwecke, dem Proletariat weitere Minderwertigkeitsgefühle einzuimpfen, damit es sich dann an die Klasse, die nicht untergehen will, und eine letzte Existenzberechtigung vorweisen möchte, um Hilfe wende, an die Klasse, die der Leninismus nach all dem zu schließen, vertritt. Dieses Kleinbürgertum zu vergrößern, gelingt durch die Schiebung, daß auf eine ganz massiv provinzielle Art bessergestellte Proleten, gesittige Arbeiter und alles, was arbeitet, aber gerade mit keinen Schwielen zu prunken vermag — in die besagte „Masse" eingereiht wird. Und andererseits dem Proletariat die klare Erkenntnis der feindlichen Front vernebelt wird durch Einreihung ganzer Teile der Bourgeoisie in die famose Kleinbürgerkaste. (Das scheint sich nach der Anzahl von Kupons und der Autos zu richten.) Wahrscheinlich gehören aber auch diejenigen, unbestritten großen Kapitalisten nicht in die antiproletarische Front, welche im Vertragsverhältnis mit Rußland stehen, einschließlich der nationalen Befreier und einschließlich Amanullah. Wer die Spießer als revolutionären Faktor anerkennt, muß wohl oder übel auch dessen politische Repräsentanz anerkennen. Die Grundlage zur Einheitsfront mit der Sozialdemokratie ist damit gegeben.

Nachdem dermaßen die denkbar größte Verwirrung angerichtet ist, kann das Manövrieren beginnen. Auf unsere Erklärung, daß die Zeiten des Manövrierens, des Kampfes mit blinden Patronen endgültig vorbei sind, erhalten wir zur Antwort, daß das Manövrieren gegen die Bourgeoisie Verheerungen anrichte, die ihr wie Explosionen wirken. Schon möglich, nur daß wir dabei immer revolutionäre Proleten in die Luft fliegen sahen.

Wir schrieben im Zusammenhang mit der Rußlandfrage: Die Verschiebung der Klassenkriegsfrage auf ein mehr oder weniger militärisches Geleise ist ein Ausweichen vor den Konsequenzen, die eine nüchterne Beurteilung der Lage fordert. Schreibt aber die KAZ., daß der Leninismus den Arbeitern die Waffen verweigert, vermittels denen sie den Reformismus erfolgreich bekämpfen können, so denken unsere Leninisten gleich an Pistolen, Mord und Totschlag, obwohl aus dem weiteren hervorgeht, daß es sich um organisatorische Waffen handelt. Dann ist es natürlich willkommene Demagogie, daraus zu schließen, daß die KAPG. die russische Frage als eine militärische Angelegenheit betrachtet, nachdem wir gerade davor gewarnt haben. Auch auf unsere konkreten Kritiken des Gewerkschafts- und Parlamenttaktik weiß man uns nicht anders zu antworten, als so, daß zum verstaubten Arsenal der leninschen Argumentation gegriffen wird. Den Parlamentarismus wollen die Leninisten genau so wie die Stalinisten durch Beteiligung entlarven. Sie kommen gar nicht auf die Idee, daß dadurch, indem Massen den Parlamentarismus sabotieren würden, die Negation eben durch die daran beteiligte Quantität positiven Sinn erhält. Wiederum wird also eine Aufgabe und deren Gelingen von **persönlichen** Qualitäten abhängig gemacht, auf eine bestimmte Anzahl Individuen beschränkt, genau so wie bei den Gewerkschaften, die durch Führerersetzung und Postenbesetzung zu Kampforganen werden sollen.

Die Frage einer 2. Partei (bzw. 4. Internationale) beantworteten wir ganz eindeutig. Was den Leninbund Deutschlands betrifft, so wird uns gesagt, was sich da behauptet, sei eine neue Qualität; ferner eine neue Organisation zwar der richtige Weg, aber immerhin und trotzdem keine 2. Partei. Und nun eine Denksportaufgabe: „. . . schlimmstenfalls werde eine Internationale Nr. 3 b, keineswegs Nr. 4 geschaffen werden." Wir müssen uns demnach gar nicht „krampfhaft bemühen", derlei Dinge lächerlich zu machen (wie uns in die Schuhe geschoben wird), das geht ohne unser Zutun! Zur Selbstversspottung kommt schließlich noch eine Selbstanmaßung, indem es dort heißt, die KAP. anerkenne ungewollt den Leninbund, denn er sei ja die neue Organisation, die „u. a. eine Negation der Sozialdemokratie darstelle". Es sei gestattet, das richtigzustellen. Der Leninbund ist keine Negation der Sozialdemokratie, **sondern eine Negation seiner selbst!** Seine Rede ist: Ich bin gar nicht das, was ich bin, und seine Sehnsucht: Sich sobald als möglich ins bessere Jenseits, d. h. in die KPD. befördern zu können. Organisatorisch: ein politischer Selbstmörderklub. Wodurch aber beweist der Artikelschreiber, daß wir ungewollt den Leninbund anerkennen? Dadurch, **daß er es behauptet!**

Mit kommunistischen Grüßen
Kommunistische Arbeiter-Propagandagruppe
der Tschechoslowakei.

Oeffentliche Versammlung

Am Donnerstag, den 13. September 1928,
½8 Uhr abends,
Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstr. 24.
Massenaktion gegen Panzerkreuzer oder Stimmzettelkomödie.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin

Funktionärversammlung.

am Mittwoch, den **12. September**, abends **7.30 Uhr**, im **Rosenthaler Hof**, Berlin, Rosenthalerstraße 11-12.
Tagesordnung: **Abrüstung.**
Das Erscheinen aller Bezirksfunktionäre sowie der Referenten ist unbedingt erforderlich.

Der Berliner Arbeits-Ausschuß.

Achtung, Parteigenossen!

Freitag, den 14. September, pünktlich abends 8 Uhr, finden die erweiterten Bezirksmitgliederversammlungen statt und zwar tagen: 1., 5. und 17. Bezirk im Lokal Schäfer (vormals Bartsch, Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 20. 6., 13. und 14. Bezirk im Lokal Schwartzkopf, Neukölln, Fontanestr.
2., 7. und 11. Bezirk im Lokal Josephowitz, Charlottenburg, Galvanistr. 6. 3. und 4. Bezirk: Frankel, Reinickendorferstraße, 21. Bezirk: Bezirkslokal.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
Bericht von der Funktionärversammlung.
Genossen, besucht die Veranstaltungen der Partei.

Proletarisches Notizbuch

Der Völkerbund ist zu seiner 9. Vollversammlung zusammengetreten, um dem internationalen Proletariat zum so und soviellten Male zu beweisen, daß noch nicht einmal Stoff genügend vorhanden ist, um eine richtige Komödie aufzuführen.

•

Alles für den Frieden! TU. New York, 31. August. Einer Meldung der United Preß zufolge beabsichtigt Coolidge, möglicherweise den Senat zu ersuchen, die Ratifizierung des Kolloggpaktes bis nach Annahme des Flottenprogramms zurückzustellen. **Präsident Coolidge werde vielleicht den Bau von 71 Schiffen an Stelle der 15-in dem dem Senat jetzt vorliegenden Flottenprogramm vorgesehenen Kreuzern empfehlen.**

•

Typhusepidemie. Aus Bonn und Ostpreußen werden Typhusherde gemeldet. In Bonn sind von 100 Verdächtigen bereits fünf gestorben, in Wehlau (Ostpreußen) zwei. Aus Griechenland wird berichtet, daß Hunderttausende von Menschen durch eine Denguefieber-Seuche bedroht sind. Die Todesfälle betrazen bereits an 600.

•

Der letzte Fußtritt. Der 6. Weltkongreß der Komintern beschloß, die Aufnahme Ruth Fischers und Maslows abzulehnen, dargegen alle Arbeiter, die sich den Beschlüssen der KPD. und Komintern unterwerfen, wieder aufzunehmen. Ruth Fischer und Maslow haben das unzweifelhafte Verdienst, gezeigt zu haben, daß ein „Leninismus" neben dem „Stalinismus" selbst im letzten Akt noch eine Löcherlichkeit ist. Ob der Leninbund das begreift?

•

Königsfabrikation. Mussolini hat den Albanesen gestattet, einen König zu küren, damit der italienische Faschismus dort auch äußerlich zur Geltung kommt. Bevor die Krönungsfeier begann, wurden rasch 16 Hinrichtungen von Personen, die keinen König wollten, vollzogen. Die Internationale des modernen Pazifismus schweigt zu einer solchen Infamie natürlich wie, das Grab.

•

„Alles für das Vaterland." In München wurde eine „Grundsteinlegung zum Studiengebäude des deutschen Museums" vollzogen, wobei Papa Hindenburg folgenden Taufspruch hersagte: „Deutscher Art, deutschem Aufstieg und deutscher Zukunft diene dieser Bau. Alles Streben und Schaffen, das hier geleistet wird, möge geleitet sein von dem einen Gedanken: **Alles für das Vaterland!"** Neben anderen treudeutschen Mannen hielt auch Severing eine Rede, die sich in den Rahmen einfügte. Zum Schluß wurde das Deutschlandlied gegröhlt. Derweilen nehmen die sozialdemokratischen Arbeiter Resolutionen gegen den Panzerkreuzer an, damit bei solchen Feiern auch der Humor zu seinem Recht kommt.

Aus den Wirtschaftsbezirken

München

„Rot"frontkämpfer als Ordnungshüter.

Am 24. 8. hielt die KP. eine öffentliche Versammlung ab von wegen dem Panzerkreuzer, wozu Ebse leiste herbeigeeilt war. Seine Ausführungen liefen darauf hinaus, der SPD. die Stimmen abzujagen und auf die drohende Kriegsgefahr gegen den „Arbeiterstaat" Rußland hinzuweisen. Er wußte sehr gut, wie man die Masse einsetzt, denn das zeigte der Genüge der Reinfall der Masse.

Ein Genosse der KAP. meldete sich zur Diskussion. Man versuchte zuerst, den Genossen nicht sprechen zu lassen, aber diesmal gelang es ihnen nicht, wozu Ebse leiste herbeigeeilt war. Seine Ausführungen liefen darauf hinaus, der SPD. die der Fortsetzung dieser reformistischen staatserhaltenden Politik ist. Sie ist ein Staat im Staate und wird, was dafür spricht, antheilen Mal was dagegen ist, mit Füßen treten. Nicht einige Führer machten das, sondern die Partei verlangt das als Regierungspartei. Sie hätten auch gegen den Panzerkreuzer gestimmt, wenn die übrigen Stimmen dafür ausgereicht hätten. Wenn nun ein Teil der SPD. opponiert, so darf es dabei nicht bleiben, sondern das, was gemacht wurde, wird sich immer wiederholen, wenn auch in anderer Form. Wenn die KPD. das für sich ausnutzen will, so ist das weiter nichts als Buhlerei, um die enttäuschten Wähler für ihren eigenen Laden zu gewinnen. Es ist das eine gemeine Heuchelei. Diese KPD., die gar keine Ursache hat über den Panzerkreuzer zu sprechen, die es vielmehr bereuen müßte, denn nach Buchsprechen, die es vielmehr bereuen müßte, denn nach Bucharin ist Deutschland ein „unterdrücktes Land" und einem solchen Staate müssen nach Bucharin die Proleten zum Siege gegen einen anderen Staat verhelfen. — „Runter, Lump, Schlawiner, Schwindler." Als die Granatenlieferung an die Reihe kam, die Rußland an Deutschland lieferte, wollte man unseren Genossen herunter schmeißen. — Das Spiel der KP. mit Max Hölz, die ihn heute als Werbetrommel benutzt und einst als Wirrkopf und Schädling bezeichnete, wollten die Proleten nicht glauben. Es ging ein Sturm der Entrüstung gegen den Genossen los und man setzte ihn an die frische Luft. Besonders dienstbar erwies sich der Versammlungsleiter Dressel und der „Rote Faustkämpferbund". Es entstand eine Schlägerei und ihren eigenen Genossen, die zehn Minuten andauerte. Dank einem Genossen des RF. blieb unser Genosse unverletzt. Eberlein nahm dann das Schlußwort und erklärte: „Dieser junge Mensch will Kommunist sein und alles, was er erzählt, ist Lüge und schon längst widerlegt." Er machte es sich da sehr leicht. — Trotzdem zeigte sich eine Sympathie für uns. Wir sprachen mit vielen Genossen noch nach der Versammlung und gar manchem geht allmählich ein Licht auf. Tags darauf war Erwerbslosenfeier und unsere Genossen setzten eine Reihe Broschüren ab. Genossen der KPD., wenn ihr ehrlich gewillt seid, die ganze Wahrheit zu erfahren, kommt zu unseren Diskussionsabenden alle **Freitag in die Augustinerklause, Baaderstr. 66.**

Marxistische Bibliothek

Lenin, Ueber Gewerkschaften	Mk. 3.—
Lenin, Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus	Mk. 2.50
Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen Philosophie	Mk. 2.50
Engels, Der deutsche Bauernkrieg	Mk. 2.—
Marx: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte	Mk. 3.—
Marx, Klassenkämpfe in Frankreich	Mk. 0.60
Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich	Mk. 0.50
Bucharin, Die politische Oekonomie des Rentners	Mk. 4.—
Riasanow, Karl Marx als Denker, Mensch und Revolutionär	Mk. 3.50
Stalin, Probleme des Leninismus	Mk. 3.—
Stalin, Auf dem Wege zum Oktober	Mk. 3.50
Bucharin, Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals	Mk. 3.—
Thalheimer, Einführung in den dialektischen Materialismus	Mk. 3.—
Lenin-Sinowjew, Gegen den Strom	Mk. 4.—

Tolstois Werke
pro Band 3.50 Mk.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung für Arbeiterliteratur
SO 36, Lausitzer Platz 13.

Achtung! Achtung!
Komplette Jahrgänge der KAZ. 1924-27
in gutem Einband am Lager. 400 Seiten. 12.— Mk. Die Genossen bekommen Ermäßigung. — Versand nach Auswärts nur gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. Porto zu Lasten des Empfängers. — Bestellungen sind zu richten an die
Buchhandlung f. Arbeiterliteratur, Berlin SO 36
Lausitzer Platz 13.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: B. Schwarmann, Berlin-Britz. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur W. Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 79.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands
per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name:

Ort:

Straße:

9. Jahrg. Nr. 53

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 15. September 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7. Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2.50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2.18 und monatlich 0.88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Der böse Briand

Die Sozialdemokratie hat entschieden Pech. Ihre Innenpolitik war nach den Wahlen so „erfolgreich", daß selbst nach dem Eingeständnis der „Prominenten" dieser Partei diese im Falle von Neuwahlen nur auf neunzig Mandate rechnen könnte; also ein Drittel des „Wählerfolges" bereits verpulvert ist. Da paßt es gut, daß Herrmann Müller als unentwegter Friedensfreund die außenpolitischen Jagdgründe zu durchstreifen nun Gelegenheit fand, um mit reicher Beute das Manko wieder auszugleichen, das der Panzerkreuzer hinterließ. Aber nun zeigte sich wieder, daß kein Mensch, auch der beste nicht, in Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Briand war, wie der „Vorwärts" resigniert feststellt, schlecht bei seiner Rede disponiert, oder hat sich „möglicherweise im Ausdruck vergriffen", oder er „fühlte sich durch die Rede des Reichskanzlers getroffen", trotzdem es gerade von ihm in Deutschland immer hieß: „Briand möchte gerne, aber er darf nicht". Aber trotz aller tiefsinnigen Betrachtungen über die persönliche Verfassung Briands muß selbst diese Sorte Betrachtungsweise weltgeschichtlicher Zusammenhänge zu dem Resultat kommen, daß die Wirkung der Rede des ansonsten aufrichtigen Friedensfreundes ist: „Enttäuschung, und sogar Niedergeschlagenheit".

Es war alles so schön vorbereitet, sogar auf internationaler Basis. Die Konferenz der II. Internationale in Brüssel nahm einstimmig eine Resolution an, daß das Rheinland bedingungslos zu räumen sei. Selbst die französischen Genossen stimmten dafür. „Aber dieses Problem" — so klärt uns schon Adler im „Klassenkampf" auf — griff kaum mehr in die große Weltpolitik ein, ja seine Formel lag durchaus im Interesse der englischen und der amerikanischen Politik: die eine war dafür begeistert, weil sie Konflikte auf dem Kontinent nicht brauchen kann, soll ihre Stoßkraft wo anders nicht geschwächt werden; die andere braucht Ruhe in Europa als Sicherung der amerikanischen Dollaranleihen."

Wenn schon die Obergenossen der II. Internationale diesen „Internationalismus" als Phrase entlarven, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn über die hinterher geheuchelte Naivität der „unentwegten Friedensfreunde" die ganze Welt lacht. Denn es kommt ja noch hinzu, daß die französischen Sozialdemokraten die eifrigsten Verfechter des französischen Militärgesetzes sind, und daß sie — das ist nicht weniger wichtig — dem französisch-englischen Flottenabkommen ungefähr soviel „Widerstand" entgegengesetzt haben, wie die Obergenossen in Deutschland dem Bau des Panzerkreuzers. Aber das alles ist ja Nebensache; die Hauptsache ist der „Friede" im Maul. Und mit dem großen Friedensmaul, dem vergnügten, kam Hermann Müller nun nach Genf, um über die Heuchelei der anderen große Töne zu reden.

Stresemann ließ Hermann Müller den Vortritt für die Blamage, natürlich aus handgreiflichen Gründen. Nur eine Gesichtsbetrachtung auf der Höhe eines Max und Moritz kann Ernst daran zweifeln, daß der „Kriegsächtungspakt" eine eindeutig zielbare Aktion des amerikanischen Imperialismus ist, mit Pazifismus eben so wenig zu tun hat, wie die Sozialdemokratie mit Internationalismus. Die Aktion ist eindeutig gegen den englischen Imperialismus gerichtet, aber auch gegen Frankreich. Die Antwort darauf war die Allianz Frankreich — England. Daß der englische Imperialismus sich zu sehr weitgehenden Zugeständnissen bezüglich der politischen Hegemonie Frankreich bereit findet, hat eben seine Ursache darin, daß der anglo-amerikanische Interessengegensatz alle europäischen Gegensätze überschattet.

Aus der deutsch-französischen „Verständigung" ist also die französisch-englische geworden und der amerikanische Imperialismus baut hinter dem Rücken der gegen ihn gerichteten Friere seine Stellung aus. Das ist natürlich auch „Verständigungspolitik", aber die „Idee" von Locarno ist tot, nicht nur der Inhalt nach — der war faktisch nie vorhanden — sondern auch den Buchstaben nach.

Unter diesen Umständen kam Hermann Müller nach Genf mußte sich von den „verstimmten" Briand sagen lassen: „Auch von Deutschland, mit einem so vorzüglichen Cadre Heer, mit einer so prächtigen Menschenreserve, mit einer den Aktions- und-Organisationsfähigkeit kann man nicht sagen, daß es vollkommen überflüssig sei. Ein so machtvolles Mittel mit einer solchen Industrie, mit solchen Möglichkeiten, dem erfinderischen Geist einer Rasse, die keine Handelsmarine mehr besaß und fähig war, durch ihr konstruktives Genie bereits heute wieder eine Handelsmarine zu haben, die zu den ersten der Welt zählt, kann ebenso wie bei der vergangenen Katastrophe schnell wieder ihren Erfindergeist auf Rüstungszwecke umstellen."

Das sagte der Friedensfreund Briand dem Friedensfreund Müller, der aus der europäischen Front gesprungen ist der „amerikanischen Valuta" wegen, die doch „für Reparationszwecke" gebraucht wird. Wenn persönliche „Gereiztheit" irgendeines Schauspielers auf dem Völkerbundtheater überhaupt verdient registriert zu werden, so sicher die Briands auf den Vorwurf hin, daß eben die anderen Heuchler, und nur die Leute um Müller die „Aufrichtigen" sind. Der verschlagen sein wollende Fuchs aus Deutschlands pazifistischen Gauen bekam als Antwort eine kräftige Ohrfeige. Das Friedenstheater in Genf kann die klar hervortretenden Machtgruppierungen nicht mehr verschleiern. Hoffentlich zieht das Proletariat endlich die Lehren daraus.

•

Das demokratische Deutschland hat die Fußtapfen Wilhelms auch in der Außenpolitik betreten. Es ist ob seiner — selbst im kapitalistischen Sinne gesprochen — kurzsichtigen Bornertheit in eine glänzende Isolation hineingeschlittert. Die „Verständigung" nach dem Westen ist pleite, und aus dieser Zuspitzung heraus bekommen die Paktverhandlungen über die besetzten Gebiete eben ein anderes Gesicht. Die dehnbaren Klauseln des Vertrages von Versailles werden so interpretiert, wie man sie aufzufassen beliebt. Und diese Auffassung ist auf Seiten Frankreichs die, daß die „Sicherhit" von Seiten Deutschlands nicht gegeben sei, weil die deutsche Demo-

Wirtschaftsdemokratie

Der neue Name für einen alten Schwindel

Etwas hat also der Hamburger Gewerkschaftskongreß doch gebracht. Er hat einen uralten Ladenhüter des Reformismus aus der Rumpelkammer hervorgeholt, hat ihm einen neuen Namen gegeben, und die Delegierten mitsamt der sonstigen gewerkschaftlichen Welt haben glücklich den Neuner für die Taktik des von neuem marschierenden Sozialismus. Der Neuner ist die Wirtschaftsdemokratie.

Auch wer sich nicht die Mühe gibt, ein wenig in der Geschichte der Arbeiterbewegung nachzublättern, könnte in der allerjüngsten Vergangenheit gerade der deutschen Arbeiterbewegung ein bißchen Material zu obigem Thema zusammenbrauen. Es war die Zeit, wo das deutsche Proletariat, durch eine Deutschland vor die Frage des „praktischen Sozialismus" gestellt war. Da wurde ihm, damit es sich über die Henkersgeklebt: „Der Sozialismus marschiert!"

Damals gründeten Hugo Stinnes als Repräsentant der kapitalistischen Klasse, und Kurt Legien als „Vertreter der Arbeiterschaft" die Arbeitsgemeinschaft unseligen Angedenkens. Und um dann dem praktischen Sozialismus das nötige Tempo zu geben, trat eine richtige Sozialisierungskommission in Funktion. Das ist wohl schon ein bißchen lange her, aber wohl noch nicht so lange, als daß die deutschen Arbeiter die praktischen Resultate dieser Wirtschaftsdemokratie vergessen haben könnten. Soweit sie sie aber vergessen haben sollten, genügt es, darauf hinzuweisen, daß der Angangspunkt für die vollkommen beherrschende Stellung des deutschen Proletariats durch die Bourgeoisie eben diese Wirtschaftsdemokratie war.

Das Kapital fühlte damals den Boden unter den Füßen wa. Er wußte, daß Zugeständnisse bezüglich der „Mitarbeit" einige Scheinreformen opferte. Die Hauptsache blieb die Unantastbarkeit des kapitalistischen Privateigentums, und die Grundlage des Privateigentums für den Aufbau. Daraus mußte sich daran interessiert, daß die Produktion in Bewegung kam. Es hat nur übersehen, daß die Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktion alle Scheinreformen langsam, aber sicher auffressen muß.

Der Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft konnte sich eben nur unter der Bedingung vollziehen, daß ein Rad in das andere griff, um den ganzen Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise neu zu beleben. Die Preise mußten sich richten nach den Weltmarktspreisen, um konkurrenzfähig zu werden. Unproduktive Ausgaben erschwerten Kapitalbildung und damit die Erweiterung der Grundlage für die Produktion.

Was Marx einst die Arbeiterklasse lehrte, braucht den Reformismus nichts anzugehen. Daß mit steigender Konzentration des Kapitals, daß mit jedem Fortschritt der Technik die menschliche Arbeitskraft durch die Maschine im Produktionsprozeß verdrängt werde; daß immer mehr und mehr Produktionsmittel hergestellt werden, die sich nicht verwerten können, weil die Erzeugung von Konsumgütern an die Schranke der zusammenschrumpfenden Kaufkraft gebunden ist; daß diese Schranke immer weiter vorrückt zuungunsten der Massenkaufkraft, weil die Maschine den Menschen freisetzt, den Preis der Ware Arbeitskraft herabdrückt und ihren Verkauf für Millionen unmöglich macht. Und daß gerade die zunehmende Organisation und Zentralisation des Kapitals auf der Wirksamkeit dieser Entwicklungstendenzen beruht.

Nachdem nun diese „Wirtschaftsdemokratie" — denn welch anderer Sinn soll dem neuesten Schlager innewohnen, als die Leitung der Produktion durch Kapital und Proletariat? — jene praktischen Ergebnisse gezeigt hat, die heute dem Proletariat fast den Atem benehmen, treffen sich in Hamburg die hohen und höchsten Strategen der Gewerkschaften und preisen als kühne Tat, den Reigen von neuem zu beginnen. Nur mit dem Unterschied, daß heute der Kapitalismus aus dem wankenden Zustand heraus ist und wieder fest auf beiden Beinen steht. Aber auch dies nicht in dem Sinne, daß mit dem Ablauf der Dinge seine Sicherheit sich festigt. Sie geht auf Kosten der verschärften Ausbeutung der Millionenmassen, und diese Massen sind trotz aller ererbten Knechtseligkeit doch nun einmal Menschen, auf die der dauernde Druck ohne jede Entlastung nicht ohne Wirkung bleibt.

Das ist auch der tiefere Grund dafür, warum man in Hamburg soviel um den endlich gefundenen „Weg zum Sozialismus" herummachte. Die Gewerkschaften stehen am Ende ihres Wirkungskreises, in einer ausweglosen Sackgasse; und es ist immer die letzte Weisheit des Reformismus, mit psychologischen Bluffs zu arbeiten.

Es schien, als ob auch den abgebrühtesten der dort versammelten „bewährten Führer" zeitweilig die Hoffnungslosigkeit ihrer Position dämmere; als sähen sie die höhnischen Grimassen der betrogenen Massen auf sich gerichtet. „Die Funktionäre müßten draußen im Lande die Courage haben", meint Nörpel —, den Arbeitern die Dinge so zu schildern, wie sie sind, auch wenn sie dafür einmal Prügel einstecken müßten." Prügel? Wofür? „Es handele sich darum, den Arbeitern klar zu machen, daß ein Zwangstarif moralisch anders gewertet werden muß, als ein freier Tarif, damit sei noch nicht gesagt, daß ein Zwangstarif **etwa nicht beachtet werden müsse."**

Und Nörpel hat bekanntlich auch dafür seine Gründe: „Ich stehe positiv zum Staat. **Ich bestrelte, daß wir in der deutschen demokratischen Republik noch das Recht haben, von einem ist doch ein Irrsinn** (!!) sondergleichen, in einem Lande, wie unserem Willen gestaltet worden ist, wo Genossen und Kollegen in fast allen Regierungen und in fast allen maßgebenden Körperschaften sitzen, **von einem kapitalistisch-bürgerlichen Staat zu sprechen; den man bekämpfen und verneinen muß."**

Das ist die letzte Weisheit der „positiven" Arbeiterbewegung: der völlige Bankrott, der auch dadurch nicht abgeschwächt wird, daß die KPD. mit dem Aufgebot der letzten Verzweiflung versucht, die Massen immer wieder von neuem in den Irrgarten einer Taktik zu zwingen, die auch dann zu diesen Resultaten führen muß, wenn die Maschine anders Bedienung erhält. Das Proletariet jedoch kann diesen Weg nicht gehen, weil es nicht den Nörpel und Naphtaly zuliebe Selbstmord begehen kann. Es wird den Weg der selbständigen Aktion beschreiten, worüber wir das nächte Mal ausführlich sprechen werden.